



Universität Hamburg
DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG

FAKULTÄT
FÜR WIRTSCHAFTS- UND
SOZIALWISSENSCHAFTEN

Hamburg-BUS 2019

Bürgerumfrage der Sozialwissenschaften für Hamburg

Bericht

Olaf Bock, Paul Borsdorf, Katharina Kleinen- von Königslöw,

Henning Lohmann, Sascha Peter und Kai-Uwe Schnapp

Grundgesamtheit Stichprobe	Hamburger Wohnbevölkerung ab 16 Jahren Repräsentative Zufallsauswahl von Festnetznummern nach dem Gabler-Häder-Design (Häder/Gabler 1998)
Erhebungsverfahren	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)
Fallzahl	1069
Ausschöpfungsrate	29,8 %
Erhebungszeitraum	09. Januar bis 02. März 2019
Vertrauensintervalle	Die Anteilswerte liegen mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 %: Bei einem Anteil von 50 % bei unter +/- 3 Prozentpunkten Bei einem Anteil von 5 % bei unter +/- 1,4 Prozentpunkten
Erhebungsinstitut	Forschungslabor der Fakultät für Wirtschafts-und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg
Wissenschaftliche Leitung	Prof. Dr. Kai-Uwe Schnapp +49-(0)40-42838-5964 Kai-Uwe.Schnapp@uni-hamburg.de
Feldleitung	Dipl.-Pol. Olaf Bock +49-(0)40-42838-3759 Olaf.Bock@uni-hamburg.de
Wissenschaftliches Team	Paul Borsdorf, M.A. +49-(0)40-42838-7733 Paul.Borsdorf@uni-hamburg.de Prof. Dr. Ulrich Fritsche +49-(0)40 42838-8685 Ulrich.Fritsche@uni-hamburg.de Prof. Dr. Katharina Kleinen-von Königslöw +49-(0)40 42838-4691 Katharina.Kleinen@uni-hamburg.de Prof. Dr. Stefanie Kley +49-(0)40 42838-4819 Stefanie.Kley@uni-hamburg.de Prof. Dr. Henning Lohmann +49-(0)40 42838-8494 Henning.Lohmann@uni-hamburg.de Dr. Sascha Peter +49-(0)40-42838-8704 Sascha.Peter@uni-hamburg.de
Redaktion	Jonas Breder, David Lucius, Sarah Wenzel +49-(0)40-42838-4536 survey.wiso@uni-hamburg.de

INHALT

1	Auf einen Blick.....	1
2	Politische Einstellungen	1
	a. Wichtigste Probleme in der Freien und Hansestadt Hamburg	1
	b. Sonntagsfrage.....	3
	c. Rechts-links-Selbsteinschätzung.....	7
	d. Zufriedenheit mit Hamburger Politikern	8
	e. Einstellungen zu Demokratie, Politik und eigenen politischen Handlungspotentialen..	11
	f. Rechtsextremismus.....	17
3	Mediennutzung zur Information über das aktuelle Geschehen	20
4	Klimaschutz	23
	a. Nutzung von Ökostrom.....	24
	b. Relevanz des Klimaschutzes für die Wahlentscheidung	25
5	Wohnungssituation und Wahrnehmung von Obdachlosigkeit in Hamburg	26
6	Universität Hamburg: Die Wissenswerft	32
7	Soziodemografische Variablen	38
8	Literatur	39
9	Tabellenverzeichnis	39
10	Abbildungsverzeichnis	40
11	Anhang.....	41

1 Auf einen Blick

- SPD weiterhin stärkste Kraft in Hamburg (35 %), GRÜNE holen auf (29 %)
- höchste langfristige Parteibindung der Hamburgerinnen und Hamburger an SPD (26 %) und GRÜNE (20 %)
- Linksliberale Bevölkerungsmehrheit in Hamburg (69 %)
- Große Bekanntheit (85 %) sowie hohe Zufriedenheit (59 %) mit der Arbeit des Ersten Bürgermeisters, Tschentscher (SPD), und der Zweiten Bürgermeisterin, Fegebank (GRÜNE) (76 % und 51 %)
- Erster Bürgermeister Tschentscher (SPD) mit deutlich größeren Zufriedenheits- und Kompetenzzuschreibungen als Oppositionsführer Trepoll (CDU)
- Wohnraum größtes Problem in Hamburg (36 %), Verkehr und Infrastruktur zweitgrößtes Problem (25 %)
- Flucht, Asyl und Zuwanderung nur noch marginales Problem für Hamburger (3 %)
- SPD Partei mit höchster Problemlösungskompetenz für Hamburg (22 %)
- Klimaschutz wichtig für Wahlentscheidung der Mehrheit der Wählerinnen und Wähler von Grünen (93 %), Linken (89 %) und SPD (58 %)
- Überdurchschnittlich hoher Nationalstolz bei CDU, SPD, FDP und AfD-Wählerinnen und Wählern
- Öffentlich-rechtliches Fernsehen wichtigste wöchentliche Informationsquelle (81 %)
- Nördliches Elbufer und Zentrum beliebteste Wohnstadtteile in Hamburg
- Obdachlosigkeit nimmt in der Wahrnehmung der Hamburger Bevölkerung zu (75 %)
- Große Bedeutung der Universität Hamburg für die Stadt (84 %)

2 Politische Einstellungen

a. Wichtigste Probleme in der Freien und Hansestadt Hamburg

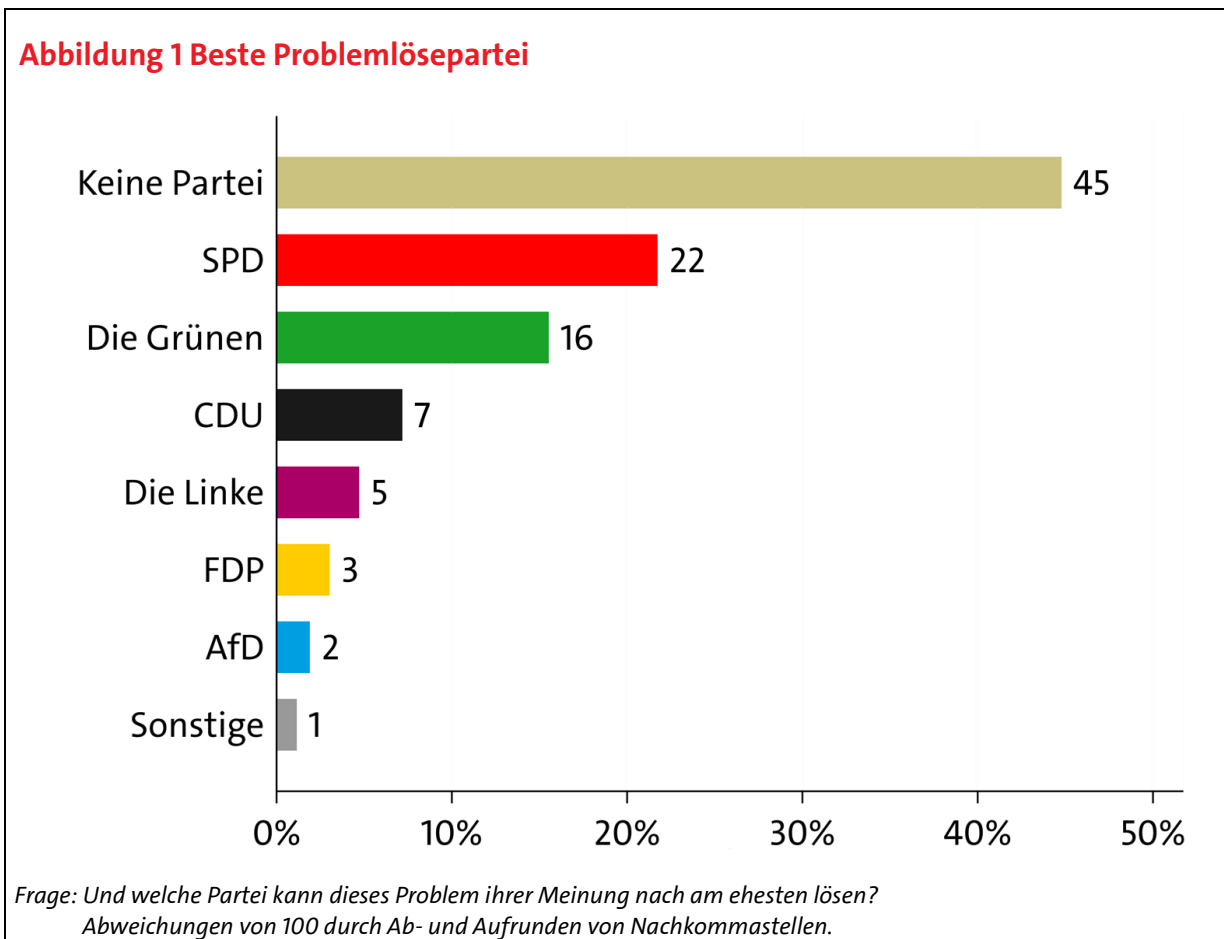
Die 5. Welle des Hamburg-Bus eröffnete wie üblich mit der Frage nach den wichtigsten Problemen in der Stadt. Diese Einschätzung hat sich seit der letzten Befragung durch das WiSo-Forschungslabor deutlich verändert. Wurden 2016 vor allem Themen wie Migration und Flucht

als hochgradig problematisch wahrgenommen, so beschäftigen die Hamburger heute vielmehr Fragen der Wohnungsknappheit (36 %) und Probleme in Verkehr und Infrastruktur (18 % und 7 %). Themen wie Soziales, Umwelt, Politik und Bildung werden von jeweils 5 bis 6 % der Hamburgerinnen und Hamburger als dringlichste Probleme eingeschätzt. Nur für 3 % der Befragten stellt Fluchtzuwanderung noch ein wichtiges Problem dar, 2016 waren das noch 29 % (vgl. Schnapp/Marcinkiewicz/Peter 2016). Von verhältnismäßig wenigen Befragten als besonders problematisch eingestuft wurden Bereiche wie die Elbvertiefung, Fragen des Haushalts sowie Kriminalität und Sicherheit. Knapp 1 % der Befragten gab an, dass die Freie und Hansestadt keine Probleme habe (Tabelle 1).

Tabelle 1 Wichtigstes Problem der Freien und Hansestadt Hamburg

Aussage	Anzahl Nennungen	Prozentanteil	Kumulierte
<i>Wohnraum</i>	355	36 %	36 %
<i>Verkehr</i>	178	18 %	54 %
<i>Infrastruktur</i>	66	7 %	61 %
<i>Soziales</i>	63	6 %	67 %
<i>Umwelt</i>	58	6 %	73 %
<i>Politik</i>	51	5 %	78 %
<i>Erziehung und (Aus-)Bildung</i>	47	5 %	83 %
<i>Flüchtlinge/Asylanten/Zuwanderer</i>	29	3 %	86 %
<i>Sonstiges</i>	27	3 %	89 %
<i>Obdachlosigkeit</i>	24	2 %	91 %
<i>Ausländer/Migranten</i>	19	2 %	93 %
<i>Straßenbaustellen</i>	19	2 %	95 %
<i>Elbvertiefung</i>	18	2 %	97 %
<i>Haushalt/ Kriminalität und Sicherheit/ Keine Probleme</i>	14/ 12/ 6	Je < 2 %	100 %
Gesamt	986		100 %
<i>Was glauben Sie, ist das wichtigste Problem, das Hamburg gegenwärtig hat?</i>			

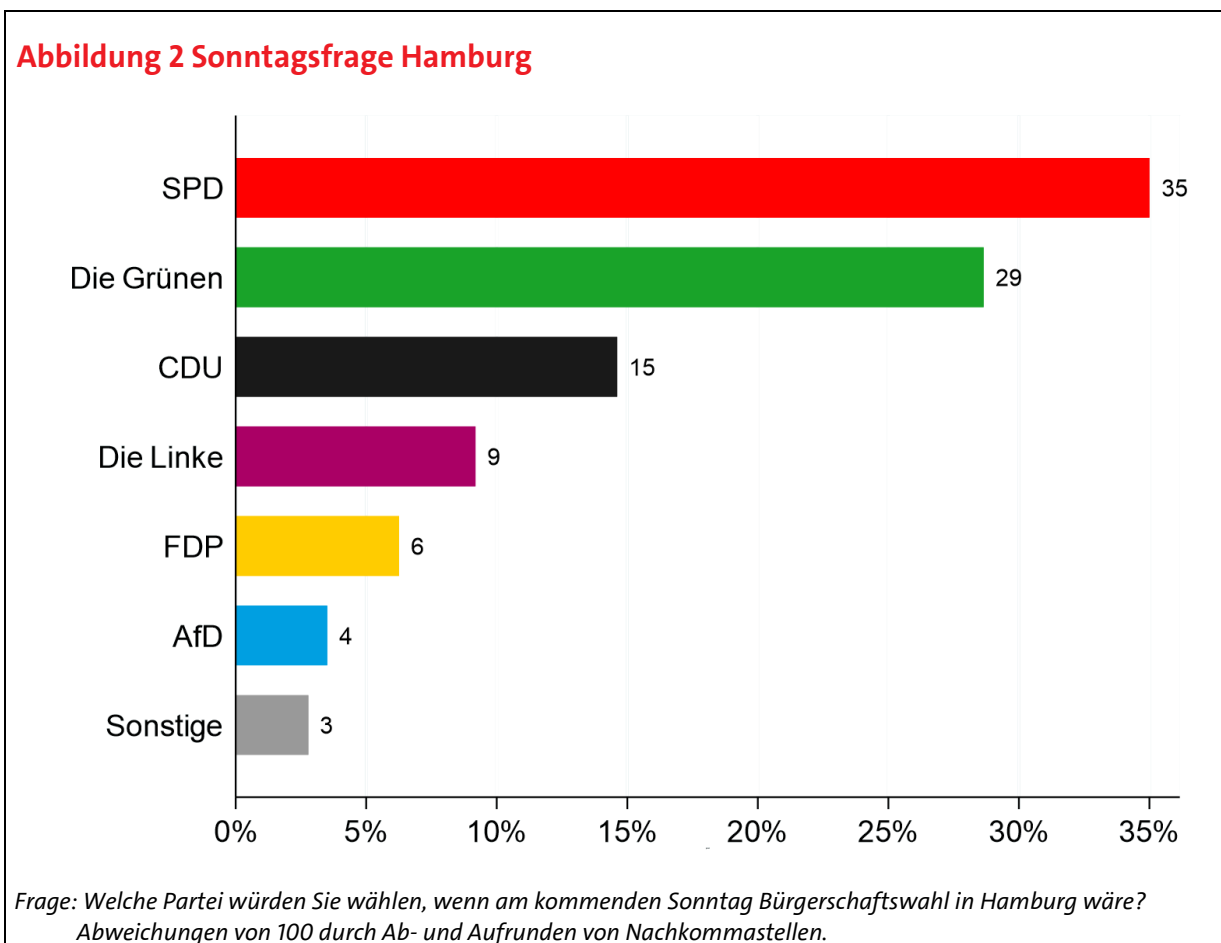
Auffällig ist, dass mit 45 % knapp die Hälfte der befragten Hamburgerinnen und Hamburger der Meinung ist, dass keine der Parteien der Freien und Hansestadt das von ihnen jeweils genannte Problem gut lösen kann. Ein knappes Viertel der Befragten (22 %) nannten die SPD als besten Problemlöser, 16 % entschieden sich für Bündnis 90/Die Grünen, 7 % für die CDU und jeweils weniger als 5 % für die Linke, die FDP und die AfD.



b. Sonntagsfrage

Die Ergebnisse des Hamburg-BUS zu Beginn des Jahres 2019 deuten auf einen entstehenden Zweikampf zwischen SPD und der GRÜNEN um die Position als stärkste politische Kraft in der Freien und Hansestadt hin.

Im April 2018 lagen die GRÜNEN in einer Forsa-Umfrage mit 18 % am höchsten in der Gunst der Wählerinnen und Wähler (Forsa im Auftrag der WELT). Zu Beginn des Jahres 2019 wurde von Forsa ein erwarteter Stimmenanteil von 24 % ermittelt (Forsa im Auftrag des Hamburger Abendblattes), infratest dimap kam auf 22 % (infratest dimap im Auftrag des NDR). Die Ergebnisse des Hamburg-BUS bestätigen diesen Aufwärtstrend, der weitgehend zu Lasten der SPD geht. GRÜNE und SPD trennen in unserem Umfrageergebnis nur noch 6 Prozentpunkte (vgl. Abbildung 2).

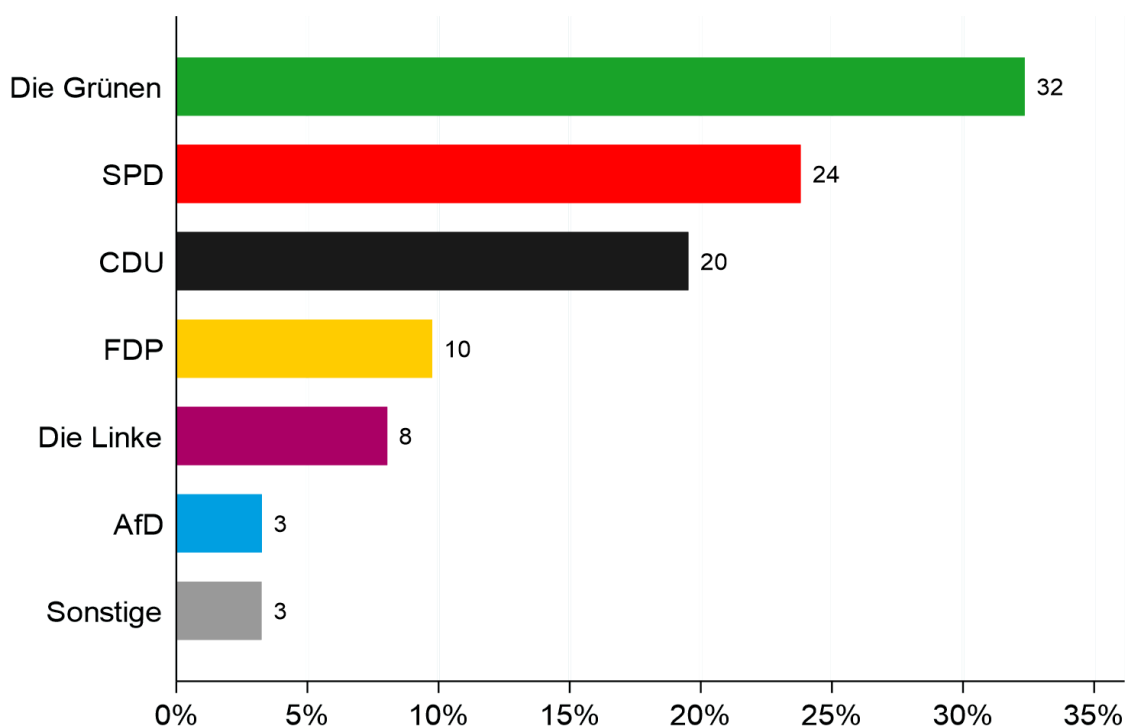


Die CDU liegt mit 15 % Zustimmung weiterhin auf sehr niedrigem Niveau gefolgt von der LINKEN mit 9 % und der FDP mit 6 %. Die AfD würde nach der vorliegenden Umfrage an der 5 %-Hürde scheitern. Allerdings ist diese Zahl mit besonderer Vorsicht zu interpretieren, da Wahlergebnisse der AfD in Umfragen nach aller Erfahrung unterschätzt werden. Deutlich wird aber, dass die AfD ihren Zuspruch in Hamburg nicht ausbauen konnte.

Neben der Frage nach der potenziellen Wahlentscheidung bei der Bürgerschaftswahl haben wir die Hamburgerinnen und Hamburger auch nach der potenziellen Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl gefragt. Hier zeigen sich die Grünen mit 32 % der Stimmen als noch stärker, die SPD folgt dem Bundestrend (vgl. Abbildung 3). Sie schneidet zwar mit 24 % der erwarteten Stimmen besser ab als im Bundesdurchschnitt, bliebe aber deutlich hinter ihrem Landesergebnis zurück. Die CDU kann dagegen im Vergleich zum Landesergebnis um 5 Prozentpunkte auf 20 % zulegen. Stärker werden auch die Liberalen, die in Hamburg bei einer Bundestagswahl 4 Prozentpunkte mehr holen würden als bei der Bürgerschaft, um damit auf 10 % zu kommen. Die LINKE bleibt weitgehend konstant, das Gleiche gilt für die AfD.

Würde die Bundestagswahlen nur in Hamburg entschieden, dann könnten Rot und Grün in Berlin regieren. In beiden Hamburger Ergebnissen zeigt sich gleichzeitig auch die anhaltende Ausdifferenzierung des deutschen Parteiensystems. Auf der Basis der vorliegenden Ergebnisse wäre damit zu rechnen, dass die Bürgerschaft weiterhin aus 6 Parteien besteht, das Gleiche würde für den Bundestag gelten.

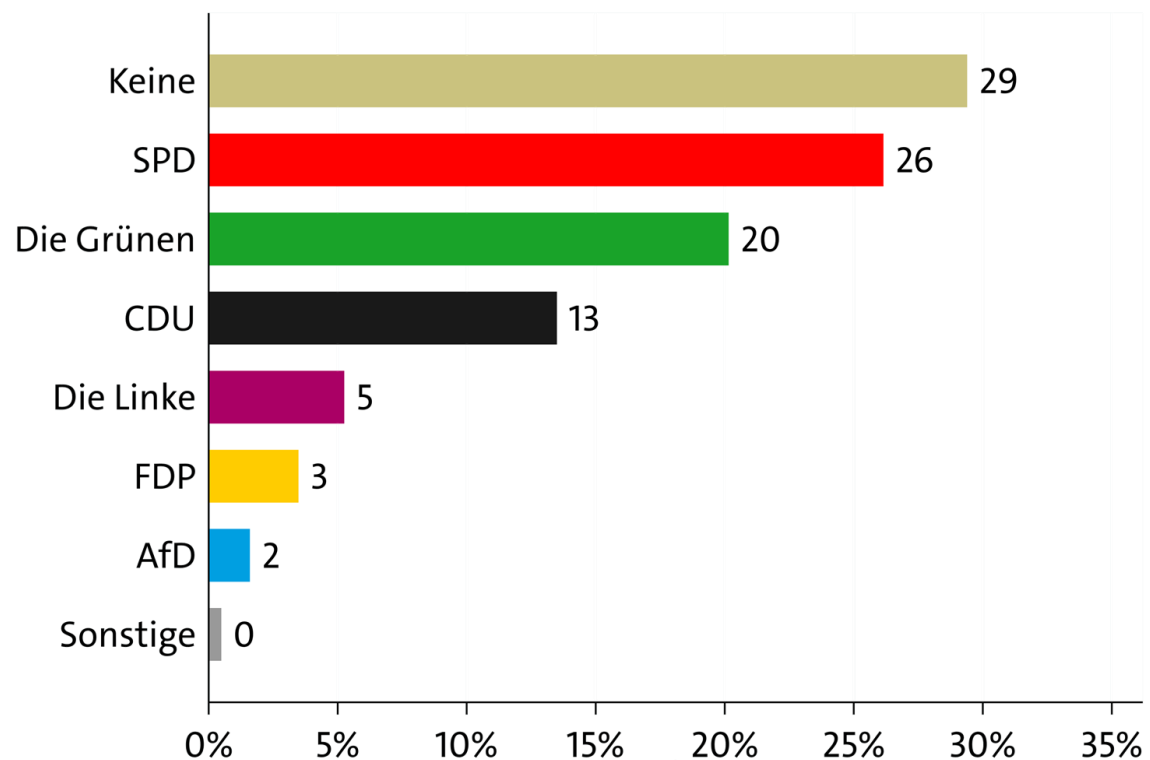
Abbildung 3 Sonntagsfrage Bundestagswahl



Frage: „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl in Deutschland wäre?“
Abweichungen von 100 durch Ab- und Aufrunden von Nachkommastellen.

Diesen Themenkomplex abschließend haben wir die Bürgerinnen und Bürger nach ihren langfristigen Parteineigungen (vgl. Abbildung 4). Die stärkste Gruppe bilden mit 29 % die Personen ohne langfristige Parteibindung. Dem folgt mit 27 % der Befragten die SPD, die damit bei den langfristigen Parteineigungen in der Freien und Hansestadt noch die Spitzenposition hält. Gerade im Vergleich zum potenziellen Bundeswahlergebnis wird sehr deutlich, dass die SPD im Moment nicht einmal ihr Basispotenzial an Wählerinnen und Wählern heben kann, denn langfristig bekennen sich in der Hansestadt 3 Prozentpunkte mehr Befragte zur Sozialdemokratie als in der aktuellen Wahlentscheidung. Das langfristige Potenzial der Grünen liegt in Hamburg bei 20 %, das der CDU bei 14 %. Im Vergleich zur potenziellen Bundestagswahlentscheidung können beide Parteien mehr Wählerinnen und Wähler mobilisieren als ihnen langfristig zugeneigt sind. Bei den Grünen beträgt die Differenz aktuell 12 Prozentpunkte, bei der CDU 6 Prozentpunkte. Auch LINKE und FDP können offenbar gegenwärtig mehr Wählerinnen und Wähler begeistern, als ihnen langfristig zugeneigt sind. Bei der Linken beträgt die Differenz 3 Prozentpunkt, bei der FDP 6 Prozentpunkte. Die AfD verfügt an der Elbe nach unseren Ergebnissen über eine langfristige Anhängerschaft von rund 2 % der Befragten. Damit schneidet auch sie in der Wählergunst etwas besser ab als in der langfristigen Neigung.

Abbildung 4 Parteineigung



*Frage: „Neigen sie - ganz allgemein - einer bestimmten Partei zu? Und wenn ja, welcher?“
Abweichungen von 100 durch Ab- und Aufrunden von Nachkommastellen.*

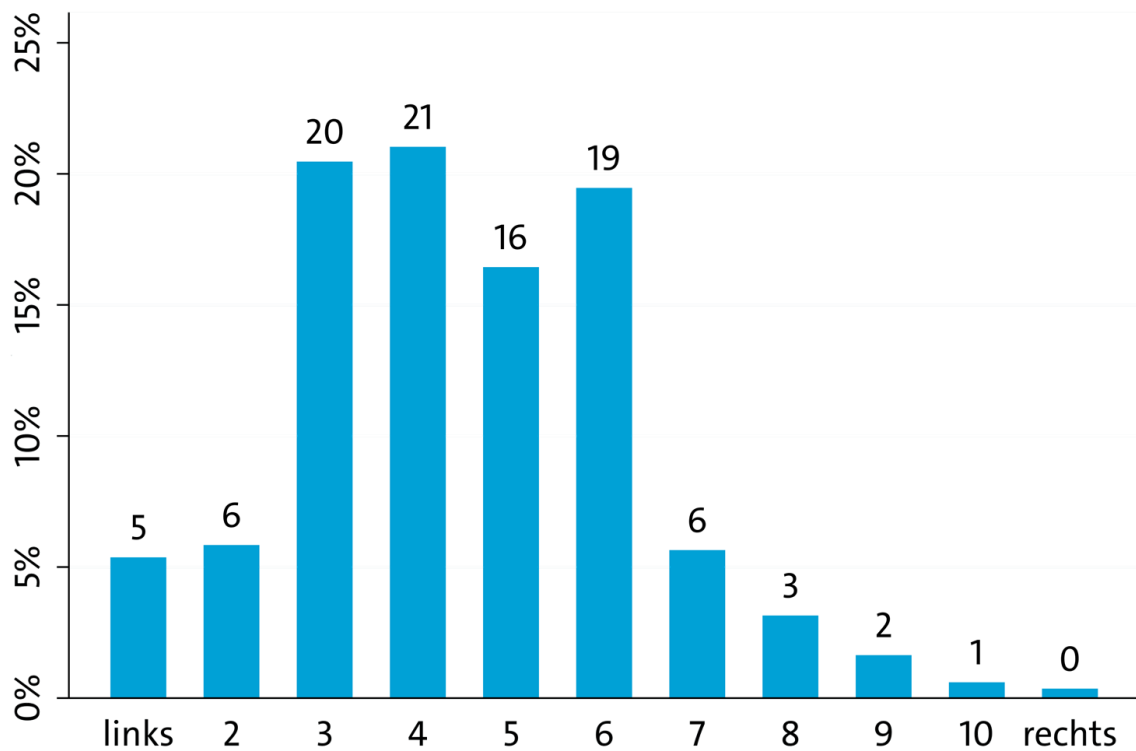
c. Rechts-links-Selbsteinschätzung

Neben der Frage nach ihrer Wahlneigung wurden die Befragten gebeten, sich selbst auf einer Recht-Links-Skala zu verorten. Auf dieser Skala steht 1 für „ganz links“ und 11 für „ganz rechts“. Im Durchschnitt ordnen sich die Befragten mit einem Skalenwert von 4,5 deutlich links der Mitte ein.

Während sich ein Fünftel der Befragten (20 %) genau der politischen Mitte zuordnete (Skalenwert 6), zeigt sich ein deutlicher Überhang linker Selbsteinschätzungen von 1 bis 5. Mehr als zwei Drittel aller Befragten (69 %) ordnen sich in diesem Spektrum ein, Werte zwischen 7 und 11 wurden nur von 11 % der Befragten genannt. Insgesamt 77 % der Befragten befinden sich in der Mitte des politischen Spektrums und im moderaten linken Bereich zwischen den Skalenpunkte 6 und 3. Extreme linke Werte werden von 11 % der Befragten genannt, extreme

rechte Werte von 1 % der Stichprobe. Die oben berichteten Werte zu geplanten Wahlverhalten erscheinen vor dem Hintergrund dieses Einstellungsprofils gut erklärt zu sein.

Abbildung 5 Selbsteinschätzung Rechts-Links

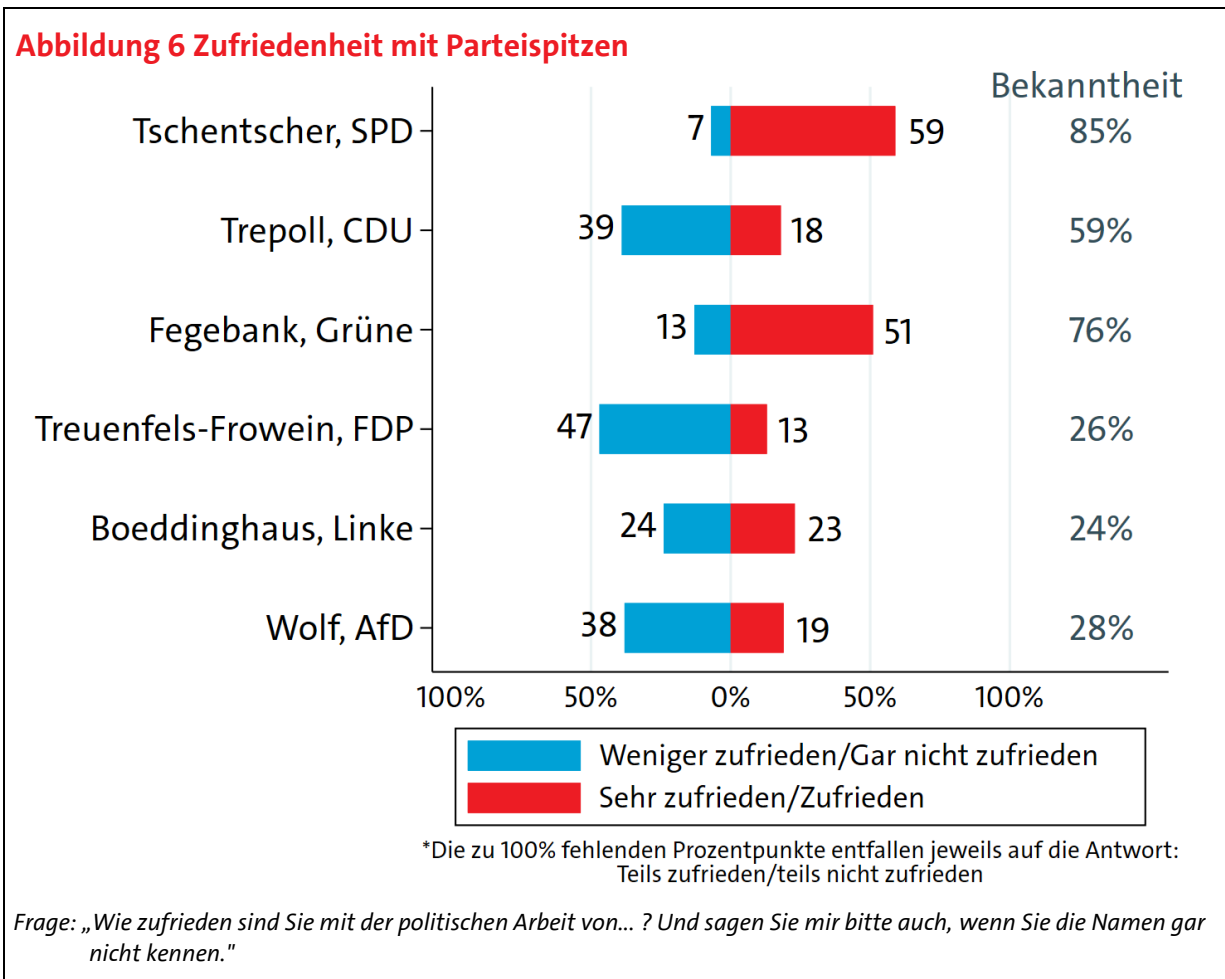


Frage: „In der Politik spricht man häufig von "links" und "rechts". Wenn eins "links" und elf "rechts" bedeutet, wo würden Sie sich selbst einstufen?“
Abweichungen von 100 durch Ab- und Aufrunden von Nachkommastellen.

d. Zufriedenheit mit Hamburger Politikern

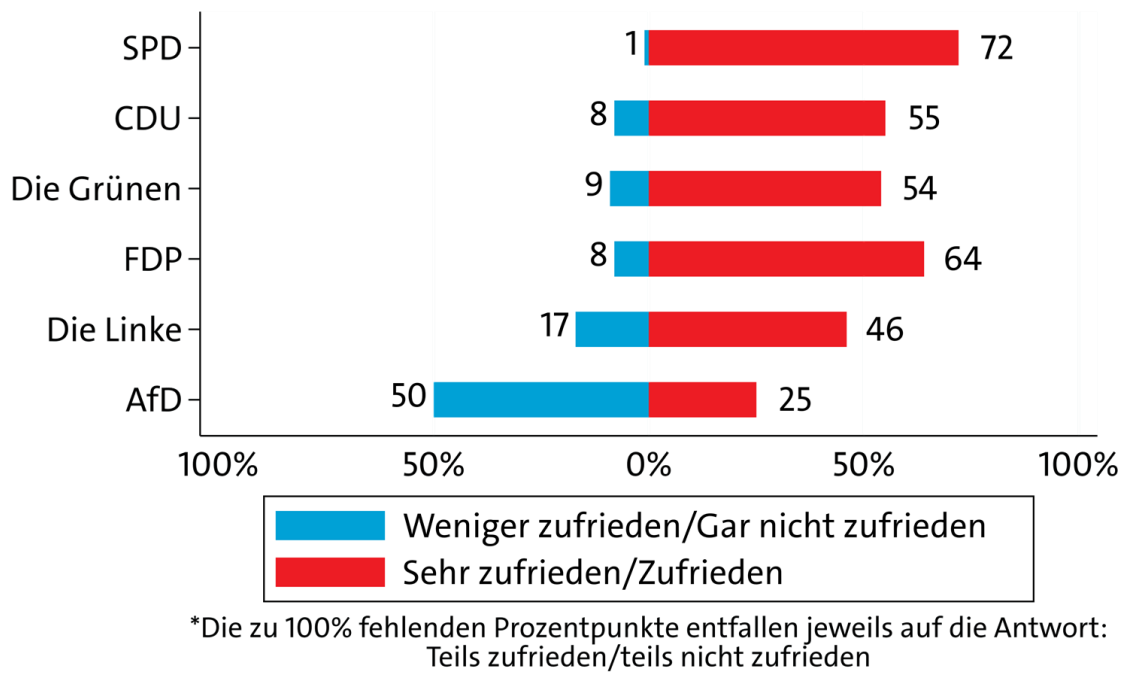
Der mit Abstand populärste Politiker in Hamburg ist der Erste Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD). Sein Name ist 85 % der Befragten ein Begriff, von diesen schätzen etwa zwei Drittel seine Arbeit positiv ein. Mit 76 % etwas weniger bekannt und auch mehrheitlich positiv eingeschätzt (51 % der Befragten) ist die Zweite Bürgermeisterin, Katharina Fegebank (Bündnis90/Grüne). Die Spitzen der Oppositionsparteien fallen dagegen in ihrer Bekanntheit und in der Einschätzung ihrer Arbeit deutlich ab. André Trepoll (CDU) kennen knapp zwei Drittel der Befragten, davon sind 18 % mit seiner Arbeit zufrieden. Alexander Wolf (AfD) kennen nur noch 28 % der Befragten, davon sind 19 % mit seiner Arbeit zufrieden. Ebenfalls wenig bekannt

sind Anna von Treuenfels-Frowein (FDP, 26 %) und Sabine Boeddinghaus (Linke, 24 %). Die Zufriedenheit mit der Arbeit dieser beiden Fraktionsspitzen liegt mit 13 % (von Treuenfels-Frowein) und 23 % (Boeddinghaus) auf sehr niedrigem Niveau.



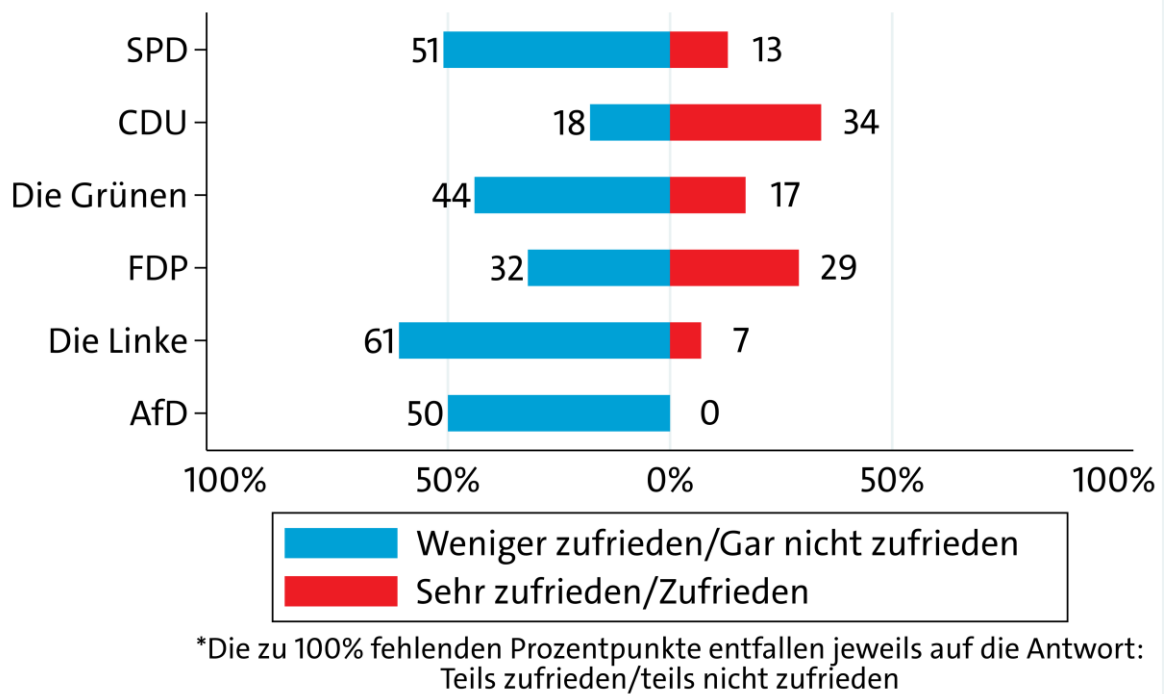
Betrachtet man die Zufriedenheit mit dem Ersten Bürgermeister differenziert nach der Wahlentscheidung, dann stellt man fest, dass die Mehrheit der Anhänger von SPD (72 %), FDP (64 %), CDU (55 %) und Grünen (54 %) zufrieden oder sogar sehr zufrieden mit seiner Arbeit sind. Nur bei den Linken (46 %) und der AfD (25 %) ist weniger als die Hälfte der Wählerinnen und Wähler zufrieden oder sehr zufrieden. Ganz anders sieht das Bild beim Oppositionsführer André Trepoll aus. Er kann selbst das eigene Lager kaum überzeugen. Nur 34 % der CDU-Wählerinnen und Wähler sind mit seiner Arbeit zufrieden oder sehr zufrieden, gefolgt von 29 % bei den Wählerinnen und Wählern der FDP. Das Spektrum der weiteren Parteien bewegt sich von 17 % Zufriedenheit bei den Wählerinnen und Wählern der Grünen auf 0 % bei den Wählerinnen und Wählern der AfD.

Abbildung 7 Zufriedenheit mit Tschentscher nach langfristiger Parteibindung



Frage: „Wie zufrieden sind Sie mit der politischen Arbeit von Peter Tschentscher?“

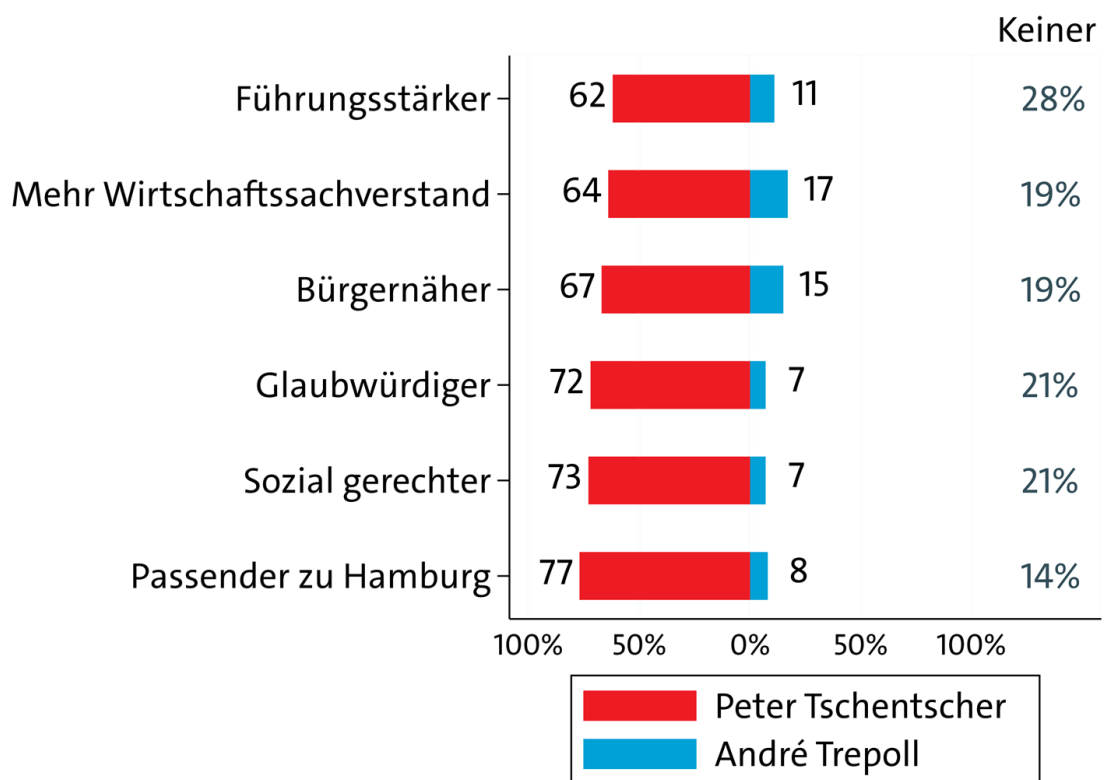
Abbildung 8 Zufriedenheit mit Trepoll nach langfristiger Parteibindung



Frage: „Wie zufrieden sind Sie mit der politischen Arbeit von André Trepoll?“

Schauen wir abschließend auf konkrete Eigenschaften, so sehen wir auch im Detail einen ersten Bürgermeister, der dem Fraktionschef der CDU weit überlegen ist. Von allen Befragten halten 62 % Tschentscher für führungsstärker, 64 % schreiben ihm mehr wirtschaftlichen Sachverstand zu. Zwei Drittel der Befragten (67 %) nehmen den ersten Bürgermeister als bürgernäher wahr als den Fraktionsführer der Union. Tschentschers Glaubwürdigkeit wird von 72 % der Befragten als höher eingeschätzt, sein Sinn für soziale Gerechtigkeit von 73 %. Schließlich finden mehr als drei Viertel der Befragten (77 %), dass Peter Tschentscher besser zu Hamburg passt als André Trepoll.

Abbildung 9 Tschentscher (SPD) und Trepoll (CDU) im Vergleich



Frage: „Wenn Sie einmal Peter Tschentscher und André Trepoll miteinander vergleichen: Wer von beiden: ist / hat ...?“

e. Einstellungen zu Demokratie, Politik und eigenen politischen Handlungspotentialen

In diesem Abschnitt betrachten wir Fragen, mit denen ermittelt wurde, welche Rolle sich Bürgerinnen und Bürger selbst im politischen Prozess zutrauen, welche Rolle sie anderen Mitbürgern zutrauen und wie sie Politikerinnen und Politiker als Gruppe einschätzen. Neben

der Gesamtverteilung der Hamburger Bevölkerung werden wir hier vor allem auf die Unterschiede zwischen den Wählerinnen und Wählern der verschiedenen Parteien betrachten.

Die erste getestete Aussage lautet: „Alles in allem gesehen, kann man in einem Land wie Deutschland sehr gut leben.“ Wählerinnen und Wähler von CDU, SPD, Grünen und FDP stimmen dieser Aussage zu über 90 % voll und ganz oder eher zu (vgl. Tabelle 2). Am meisten Zustimmung gibt es davon bei den Wählerinnen und Wählern der CDU, die zu 79 % voll und ganz und zu 15 % eher zustimmen. Kritischer sind die Wählerinnen und Wähler der Linken. Sie stimmen zu 78 % der Aussage voll und ganz oder eher zu, vor allem die Gruppe der voll und ganz Zustimmenden ist aber bei den Linkswählerinnen und -wählern deutlich kleiner als bei den vorgenannten Parteien. Am wenigsten zufrieden sind die Wählerinnen und Wähler der AfD mit dem Leben in Deutschland. Von ihnen stimmen knapp mehr als zwei Drittel (68 %) der Befragten der Aussage zu. 28 % der AfD-Wählenden stimmen der Aussage, dass man in Deutschland sehr gut leben kann allerdings nur teilweise zu, 4 % überhaupt nicht.

Tabelle 2 Sehr gut leben in Deutschland

<i>Ich stimme ...</i>	SPD	GRÜNE	CDU	FDP	Linke	AfD	Andere	Total
<i>voll und ganz zu</i>	70 %	69 %	79 %	80 %	38 %	36 %	35 %	67 %
<i>eher zu</i>	22 %	22 %	15 %	14 %	40 %	32 %	39 %	23 %
<i>teils/teils zu</i>	7 %	9 %	6 %	3 %	19 %	28 %	17 %	9 %
<i>eher nicht zu</i>	1 %	0 %	0 %	2 %	2 %	0 %	9 %	1 %
<i>überhaupt nicht zu</i>	0 %	0 %	0 %	2 %	1 %	4 %	0 %	0 %
Aussage: „Alles in allem gesehen, kann man in einem Land wie Deutschland sehr gut leben.“ Abweichungen von 100 durch Ab- und Aufrunden von Nachkommastellen.								

Der Aussage „Die Politiker kümmern sich nicht viel darum, was Leute wie ich denken“ stimmt etwa ein Drittel der Befragten (34 %) voll oder eher zu. Diese Personen haben also eine negative Meinung über die Bürgerbezogenheit von Politikerinnen und Politikern. Ein knappes Viertel der Befragten (23 %) lehnt diese Aussage ganz oder eher ab, etwas weniger als die Hälfte der Befragten (43 %) findet, dass die Aussage zumindest teilweise richtig ist (vgl. Tabelle 3). Insgesamt haben also mehr als drei Viertel aller Befragten zumindest einige Zweifel oder sogar

starke Zweifel daran, dass Politikerinnen und Politiker sich um die Interessen der Bürgerinnen und Bürger kümmern.

Differenzieren wir nach Parteien, so sehen wir die meisten positiven Einstellungen zu Politikerinnen und Politikern bei Wählerinnen und Wählern von SPD, CDU und Grünen. In diesen Wählerschaften stimmen 27 % (SPD), 28 % (CDU) und 31 % (Grüne) der Befragten der negativen Aussage voll und ganz zu, die Hälfte (CDU) oder etwas weniger als die Hälfte, 48 % bei der SPD und 46 % bei den Grünen, stimmen der Aussage teilweise zu. Abgelehnt wird die Aussage von 25 % (SPD), 24 % (Grüne) und 23 % (CDU). Negativer ist das Bild bei den Wählerinnen und Wählern der FDP, die zu 39 % eine Ignoranz der Politikerinnen und Politiker für Bürgerbedenken voll bejahen und zu 36 % teilweise. Bei der Linkspartei stimmt mehr als die Hälfte der Befragten (53 %) der negativen Aussage über Politikerinnen und Politiker voll und ganz oder eher zu, bei der Wählerschaft der AfD sind es sogar 64 %.

Tabelle 3 Politiker kümmern sich nicht um mich

<i>Ich stimme ...</i>	SPD	GRÜNE	CDU	FDP	Linke	AfD	Andere	Total
<i>voll und ganz zu</i>	12 %	14 %	10 %	25 %	31 %	52 %	48 %	17 %
<i>eher zu</i>	15 %	17 %	18 %	14 %	22 %	12 %	26 %	17 %
<i>teils/teils zu</i>	48 %	46 %	50 %	36 %	30 %	20 %	22 %	43 %
<i>eher nicht zu</i>	18 %	21 %	18 %	20 %	11 %	12 %	-	18 %
<i>überhaupt nicht zu</i>	7 %	3 %	5 %	5 %	6 %	4 %	4 %	5 %
Aussage: „Die Politiker kümmern sich nicht viel darum, was Leute wie ich denken.“ Abweichungen von 100 durch Ab- und Aufrunden von Nachkommastellen.								

Formuliert man die Frage etwas anders, nämlich ob die Politiker sich im Allgemeinen darum bemühen, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten, dann sieht die Wahrnehmung etwas positiver aus. Knapp zwei Drittel der Wählerinnen und Wähler von CDU (33 %) und SPD (30 %) haben den Eindruck, dass die Politik sich darum bemüht, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten (vgl. Tabelle 4). Bei Grünen und FDP sind das noch 25 % und 23 %. In der Wählerschaft von Linkspartei und AfD finden sich mit jeweils 8 % kaum Personen, die diesen Eindruck teilen. Die Hälfte der Wählerschaften von CDU, SPD und Grünen (jeweils 50 %) haben zumindest teilweise den Eindruck, dass die Aussage angemessen ist, zwischen 17 % (CDU) und 26 % (Grüne) lehnen die Aussage ab. Die Wählerinnen und Wähler der FDP werden hier der Politik gegenüber

kritischer. Nur 41 % der FDP-Wählenden stimmen der Aussage teilweise zu, dementsprechend größer ist der Anteil, die die Aussage ablehnt (33 %). Noch kritischer sind die Wählerinnen und Wähler der Linkspartei, die der Aussage zu 37 % teilweise und zu 55 % nicht zustimmen, sowie die Wählerinnen und Wähler der AfD, die der Aussage fast vollständig, zu 40 % teilweise und zu 52 % gar nicht, zustimmen.

Tabelle 4 Politiker vertreten Bevölkerung

<i>Ich stimme ...</i>	SPD	GRÜNE	CDU	FDP	Linke	AfD	Andere	Total
<i>voll und ganz zu</i>	7 %	4 %	9 %	3 %	1 %	-	-	5 %
<i>eher zu</i>	23 %	21 %	24 %	20 %	7 %	8 %	4 %	20 %
<i>teils/teils zu</i>	50 %	50 %	50 %	41 %	37 %	40 %	35 %	47 %
<i>eher nicht zu</i>	16 %	20 %	14 %	23 %	39 %	28 %	9 %	20 %
<i>überhaupt nicht zu</i>	4 %	6 %	3 %	13 %	16 %	24 %	52 %	8 %

Aussage: „Die Politiker bemühen sich im Allgemeinen darum, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten.“
Abweichungen von 100 durch Ab- und Aufrunden von Nachkommastellen.

In den folgenden Tabellen berichten wir über Fragen, mit denen das Vertrauen in die eigene Politikkenntnis sowie das Vertrauen in die Politikkenntnis anderer Bürgerinnen und Bürger erhoben wird.

Fragt man zunächst nach einer Einschätzung des eigenen politischen Wissens (Aussage: „Im Allgemeinen weiß ich eher wenig über Politik.“, so ist festzustellen, dass 90 % aller Befragten zumindest teilweise Vertrauen in das eigene politische Wissen haben, gute zwei Drittel (69 %) stimmen dieser Aussage voll oder eher zu (vgl. Tabelle 5). Am überzeugtesten von den eigenen Politikkenntnissen sind die Wählerinnen und Wähler der Linken und FDP. Hier stimmen 82 % und 77 % der Aussage „ich weiß eher wenig über Politik“ nicht oder überhaupt nicht zu. Nimmt man die teilweise Ablehnung hinzu, dann haben 96 % der Linkswählerinnen und -wähler und 94 % der Wählerschaft der FDP grundlegendes Vertrauen in das eigene Politikverständnis. Grüne und AfD folgen mit 88 % ihrer Wählerinnen und Wähler, die die Aussage, wenig von Politik zu verstehen, mindestens teilweise ablehnen, bei CDU und SPD sind das jeweils 83 %.

Tabelle 5 Eigenes Politikwissen

<i>Ich stimme ...</i>	SPD	GRÜNE	CDU	FDP	Linke	AfD	Andere	Total
<i>voll und ganz zu</i>	1 %	3 %	4 %	3 %	1 %	-	4 %	2 %
<i>eher zu</i>	6 %	10 %	13 %	3 %	3 %	12 %	13 %	8 %
<i>teils/teils zu</i>	19 %	24 %	20 %	17 %	14 %	16 %	39 %	21 %
<i>eher nicht zu</i>	27 %	34 %	28 %	41 %	31 %	40 %	17 %	34 %
<i>überhaupt nicht zu</i>	37 %	30 %	35 %	36 %	51 %	32 %	26 %	35 %

Aussage: „Im Allgemeinen weiß ich eher wenig über Politik.“ Abweichungen von 100 durch Ab- und Aufrunden von Nachkommastellen.

Auch hier haben wir die Frageformulierung leicht variiert und nach Zustimmung zu folgender Aussage gefragt: „Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich gar nicht versteht, was vorgeht.“ Das Bild, das sich abzeichnet, ist dem eben beschriebenen sehr ähnlich: 63 % der Befragten lehnen diese Aussage voll oder eher ab, nimmt man die teilweise Ablehnung hinzu, dann sind 88 % der Befragten mindestens teilweise der Meinung zu verstehen, was in der Politik passiert (vgl. Tabelle 6). Die Verteilung bei den Wählerinnen- und Wählergruppen ist ebenfalls ähnlich wie der eben beschriebenen Verteilung. Das meiste Vertrauen in das eigene Politikverständnis haben wieder die Wählerinnen und Wähler von FDP und Linkspartei. Hier lehnen 93 % (FDP) und 92 % (Linkspartei) die Aussage zumindest teilweise ab, dass Politik zu kompliziert sei. Dem folgen die Wählerschaften von SPD (91 % Ablehnung) und Grünen (90 % Ablehnung), sowie der CDU und der AfD (jeweils 80 % und 78 % Ablehnung der Aussage).

Nimmt man die Informationen aus Tabelle 5 und Tabelle 6 zusammen, so kann man feststellen, dass die Bürgerinnen und Bürger Hamburgs weit mehrheitlich der Meinung sind, zumindest einiges an politischem Wissen und Verständnis zu haben. Wir sehen zwar Unterschiede in den Anhängerschaften der Bürgerschaftsparteien, diese sind aber nicht sehr groß.

Tabelle 6 Politik zu kompliziert

<i>Ich stimme ...</i>	SPD	GRÜNE	CDU	FDP	Linke	AfD	Andere	Total
<i>voll und ganz zu</i>	3 %	4 %	6 %	3 %	3 %	4 %	13 %	4 %
<i>eher zu</i>	6 %	7 %	14 %	3 %	5 %	8 %	13 %	7 %
<i>teils/teils zu</i>	27 %	26 %	24 %	25 %	19 %	28 %	26 %	25 %
<i>eher nicht zu</i>	30 %	33 %	32 %	33 %	24 %	26 %	13 %	30 %
<i>überhaupt nicht zu</i>	34 %	31 %	24 %	35 %	49 %	24 %	35 %	33 %

Aussage: „Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich gar nicht versteht, was vorgeht.“
Abweichungen von 100 durch Ab- und Aufrunden von Nachkommastellen.

Schauen wir als letztes auf die Zustimmung zur Frage „In der Demokratie ist es die Pflicht jedes Bürgers, sich regelmäßig an den Wahlen zu beteiligen“. Insgesamt stimmen 93 % aller Befragten dieser Aussage voll oder eher zu (vgl. Tabelle 7). Die Unterschiede bei den Wählerschaften der Parteien sind eher gering. Die Wahlnorm am meisten verinnerlicht haben die Wählerinnen und Wähler von FDP und SPD, unter denen 97 % der Aussage zustimmen. CDU (95 % Zustimmung) und Grüne (92 %) folgen dichtauf. Bei den Wählerschaften von Linkspartei und AfD ist die Zustimmung zur Aussage etwas geringer. 87 % der Wählerinnen und Wähler der Linken stimmen der Aussage voll oder eher zu, das sind bei der AfD 84 %. Bei der Linkspartei stimmt 1 % der Aussage teilweise zu, 11 % stimmen ihr eher oder gar nicht zu. Bei der AfD sind das entsprechend 12 % und 4 %.

Ehe aus diesen Antworten nun geschlossen wird, dass in Hamburg die Wahlnorm sehr stark ausgeprägt ist, muss beachtet werden, dass Personen, die regelmäßig nicht zur Wahl gehen auch deutlich seltener als andere an Umfragen teilnehmen. Diese Werte sind also aufgrund eines in Umfragen nicht zu behebbenden Problems in Richtung einer Zustimmung zur Wahlnorm verfälscht.

Tabelle 7 Wählen als Bürgerpflicht

<i>Ich stimme ...</i>	SPD	GRÜNE	CDU	FDP	Linke	AfD	Andere	Total
<i>voll und ganz zu</i>	88 %	80 %	90 %	83 %	67 %	72 %	65 %	82 %
<i>eher zu</i>	9 %	12 %	5 %	14 %	20 %	12 %	13 %	11 %
<i>teils/teils zu</i>	1 %	4 %	3 %	3 %	1 %	12 %	9 %	3 %
<i>eher nicht zu</i>	2 %	4 %	2 %	-	9 %	-	13 %	3 %
<i>überhaupt nicht zu</i>	-	-	1 %	-	2 %	4 %	-	1 %
Aussage: „In der Demokratie ist es die Pflicht jedes Bürgers, sich regelmäßig an den Wahlen zu beteiligen.“ Abweichungen von 100 durch Ab- und Aufrunden von Nachkommastellen.								

f. Rechtsextremismus

Mit Hilfe von acht Fragen haben wir unterschiedliche Dimensionen von Rechtsextremismus erfasst. Die Fragen enthalten Formulierungen, die von vielen Befragten als drastisch wahrgenommen wurden. Darauf wurden wir auch während der Erhebung angesprochen. Wir haben uns bei diesen Formulierungen an ein in der Forschung zu extremen politischen Einstellungen etabliertes Format gehalten. Dieses Format ist so gewählt, dass extreme Einstellungen, sofern sie vorliegen, sichtbar werden. (Decker, O. et al. 2018: 73f)

Die Zustimmung zu den vorgestellten Aussagen sind in der Gesamtbevölkerung durchweg niedrig, aber auf unterschiedlichem Niveau. Wenn wir im Folgenden von Zustimmung sprechen, dann ist damit immer die Gesamtmenge der Personen gemeint, die einer Aussage voll oder teilweise zustimmen. Der Aussage, dass die Leistungen anderer Völker nicht an die Leistungen des deutschen Volkes heranreichen stimmen 34 % der Befragten ganz oder teilweise zu. Die stärkste Zustimmung finden wir hier bei den Wählerinnen und Wählern der AfD (68 %), gefolgt von der CDU (48 %), der SPD (42 %) und der FDP (40 %). Grüne (21 %) und Linke Wählerinnen und Wähler (10 %) haben zu dieser Aussage den größten Abstand.

Der Aussage, dass „auch heute der Einfluss von Juden groß“ ist, stimmen insgesamt 29 % der Befragten ganz oder teilweise zu. Dieses Antwortverhalten verteilt sich auf die Wählerinnen und Wähler der Parteien wie folgt: AfD 55 %, FDP 41 %, CDU 37 %, SPD 27 %, Linkspartei 24 % und Grüne 22 %.

„Wenn Arbeitsplätze knapp werden“, sind 14 % der Befragten ganz oder teilweise der Meinung, dass „man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken“ sollte. Dieser Aussage stimmen Wählerinnen und Wähler der AfD zu 64 % zu, in der Wählerschaft von CDU und FDP sind das noch 23 %, bei der SPD 17 %. Sehr gering ist die Zustimmung zu dieser Aussage bei den Anhängerinnen und Anhängern der Grünen und der Linken mit jeweils 4 %.

Die nächste Aussage, zu der wir Zustimmung oder Ablehnung erfragt haben, lautet: „Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.“. Dieser Aussage stimmen 9 % aller Befragten ganz oder teilweise zu. Die meiste Zustimmung hat diese Aussage bei der Anhängerschaft der AfD mit 24 %. Dem folgen fast gleichauf die Wählerinnen und Wähler der CDU (15 %) und der FDP (13 %). Bei den weiteren Parteien liegt die Zustimmung zu dieser Aussage bei 9 % (SPD), 5 % (Grüne) und 2 % (Linke).

Gute Seiten am Nationalsozialismus sehen 8 % der Befragten. Bei der AfD findet diese Aussage bei mehr als der Hälfte der Befragten (56 %) Zustimmung. Bei der FDP liegt die Zustimmung zu dieser Aussage bei 16 %, alle anderen Wählerschaften stimmen dieser Aussage mit weniger als 10 % zu.

Schließlich haben wir gefragt, ob es „wertes und unwertes menschliches Leben“ gibt. Dieser Aussage stimmen 7 % aller Befragten zu. Auch hier ist die Zustimmung bei der AfD, allerdings insgesamt auf niedrigem Niveau, am höchsten (12 %). Dem folgen die Wählerinnen und Wähler von CDU und FDP mit jeweils 10 %. Unter 10 % liegt die Klientel der SPD (7 %), der Grünen (5 %) und der Linkspartei (3 %).

Tabelle 8 Zustimmung zu kontroversen Aussagen nach Parteilichkeit

Aussage	SPD	GRÜNE	CDU	FDP	Linke	AfD	Andere	Ø
<i>Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.</i>	42 %	21 %	48 %	40 %	10 %	68 %	61 %	34 %
<i>Auch heute noch ist der Einfluss von Juden groß.</i>	27 %	22 %	37 %	41 %	24 %	55 %	55 %	29 %
<i>Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.</i>	17 %	4 %	23 %	23 %	5 %	64 %	22 %	14 %
<i>Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.</i>	9 %	5 %	15 %	13 %	2 %	24 %	23 %	9 %
<i>Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.</i>	5 %	3 %	10 %	16 %	3 %	56 %	32 %	8 %
<i>Es gibt wertvolles und unwertes menschliches Leben.</i>	7 %	5 %	10 %	10 %	3 %	12 %	18 %	7 %
Frage: „Ich lese Ihnen nun einige Sätze vor, zu denen es unterschiedliche Meinungen gibt. Bitte sagen Sie mir, ob Sie voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.“ Abweichungen von 100 durch Ab- und Aufrunden von Nachkommastellen.								

3 Mediennutzung zur Information über das aktuelle Geschehen

Das öffentlich-rechtliche Fernsehen ist bei den Hamburgerinnen und Hamburgern die am häufigsten genutzte Quelle für Informationen über das aktuelle Geschehen: 81 % geben an, Programme des öffentlich-rechtlichen Fernsehens mindestens mehrmals in der Woche bis fast täglich für Informationen zum aktuellen Geschehen zu nutzen. Für 37 % stellt es zugleich die wichtigste Informationsquelle dar. Ähnlich häufig genutzt wird nur noch das Radio. Hier geben 73 % der Hamburgerinnen und Hamburger an, mindestens mehrmals wöchentlich Radio zu hören, um Informationen über das aktuelle Geschehen zu erhalten. Allerdings ist das Radio nur für 16 % auch die wichtigste Quelle. Im Ranking der wichtigsten Informationsquellen über das aktuelle Geschehen liegt das Radio damit in etwa auf einer Höhe mit überregionalen Zeitungen, die für 17 % der Hamburgerinnen und Hamburger die wichtigste Informationsquelle zum aktuellen Geschehen darstellen.

In der Häufigkeit der Nutzung liegen überregionale Zeitungen (41 %) und regionale Tageszeitungen (39 %) mit mindestens mehrmaliger wöchentlicher bis fast täglicher Nutzung in etwa gleichauf mit Internet-Suchmaschinen: 43 % der Hamburgerinnen und Hamburger nutzen Suchmaschinen mindestens mehrmals in der Woche bis fast täglich, um Informationen zum aktuellen Geschehen zu erhalten. Online-Portale wie GMX, T-Online oder auch Web.de (26 %) und soziale Netzwerke (24 %) dienen in etwa so häufig mehrmals wöchentlich bis fast täglich als Quelle für Informationen zum aktuellen Geschehen wie das private Fernsehen (27 %). Boulevardzeitungen sind noch für 15 % der Hamburgerinnen und Hamburger häufig genutzte Informationsquellen; 62 % nutzen diese hingegen nie zur Information über das aktuelle Geschehen.

Tabelle 9 Nutzung von Informationsquellen

Informationsquelle	Nutzung mind. mehrmals die Woche (%)	Wichtigste Quelle (%)
<i>Öffentlich-rechtliches Fernsehen</i>	81	37
<i>Privates Fernsehen</i>	27	3
<i>Radio</i>	73	17
<i>Boulevardzeitungen</i>	15	1
<i>Überregionale Tages-/Wochenzeitungen</i>	41	16
<i>Regionale Tageszeitungen</i>	39	8
<i>Online-Portale wie GMX, T-Online oder Web.de</i>	26	4
<i>Soziale Medien wie Facebook, Twitter oder YouTube</i>	24	4
<i>Google oder andere Suchmaschinen</i>	43	5
<i>Persönliche Gespräche mit Familie, Freunden, Nachbarn oder Kollegen</i>	72	3
<i>Keine von diesen Quellen</i>	-	2

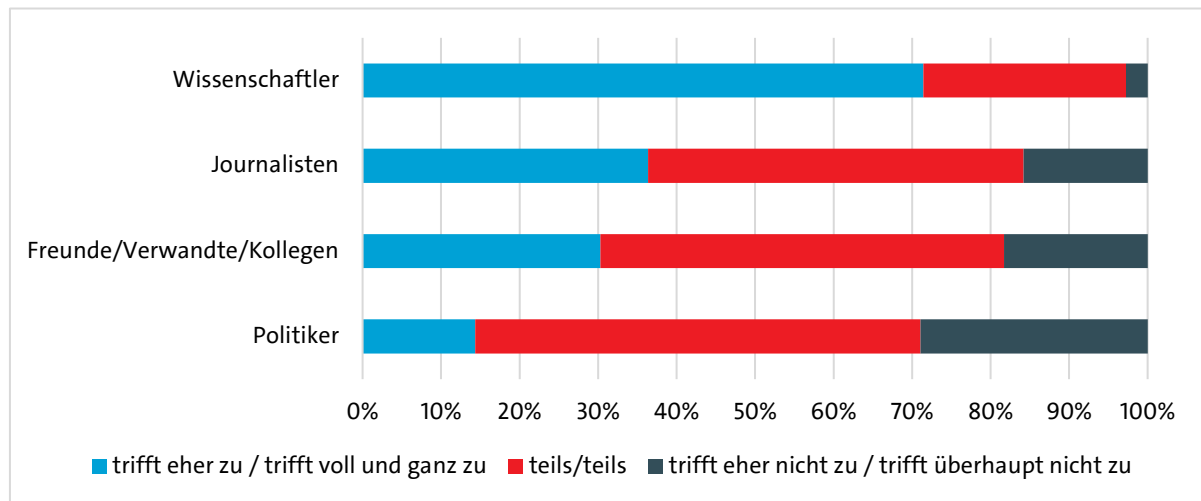
Fragen: „Über das aktuelle Geschehen kann man sich aus verschiedenen Quellen informieren. Bitte sagen Sie mir, ob Sie die folgenden Informationsangebote jeden Tag oder fast täglich, mehrmals in der Woche, ein paar Mal im Monat, seltener oder nie nutzen.“

„Welche der genannten Informationsquellen ist allgemein Ihre wichtigste Informationsquelle zum aktuellen Geschehen?“

Dass sie auf die Richtigkeit von Informationen zum aktuellen Geschehen vertrauen, wenn diese von Journalistinnen und Journalisten stammen, trifft auf mehr als jede dritte Hamburgerin bzw. jeden dritten Hamburger eher oder voll und ganz zu (36 %), weitere 48 % vertrauen diesen Informationen zumindest teilweise. Dagegen vertrauen ihnen 12 % eher nicht und weitere 4 % überhaupt nicht. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler genießen das größte Vertrauen, wenn es um die Richtigkeit der Informationen zum aktuellen Geschehen geht: 71 % geben an, dass sie diesen Informationen eher oder voll und ganz vertrauen, während lediglich 3 % eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen. Am wenigsten vertrauen die Hamburgerinnen und Hamburger hingegen auf die Richtigkeit von Informationen, wenn diese von Politikerinnen und

Politikern stammen: 29 % vertrauen eher nicht oder überhaupt nicht auf die Richtigkeit dieser Informationen, während 14 % eher oder auch voll und ganz zustimmen.

Abbildung 10 Vertrauen in Informationen von...

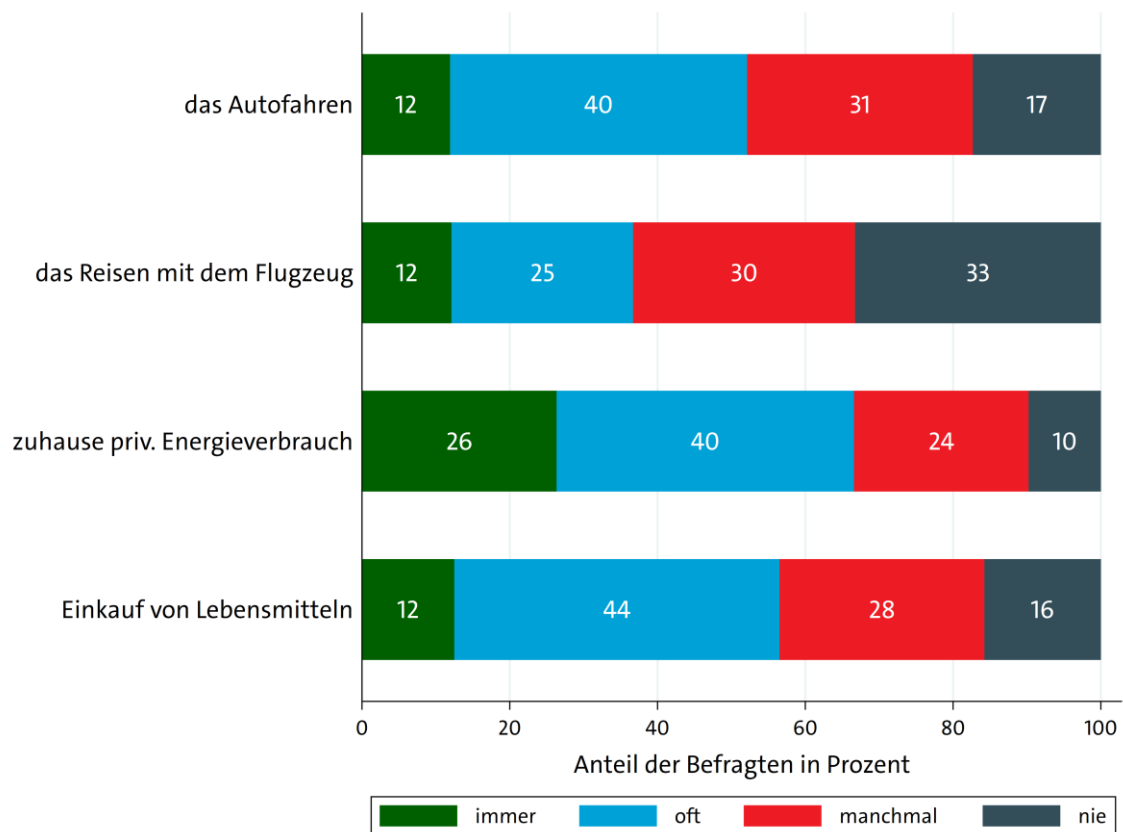


Aussage: „Beim aktuellen Geschehen vertraue ich den Informationen von...“

4 Klimaschutz

Um zu erfassen, welche Relevanz der Klimaschutz für die Befragten hat, wurden ihnen sechs Fragen zum diesem Thema gestellt. Die ersten vier Fragen beziehen sich auf persönliche Einschränkungen dem Klima zuliebe in den Bereichen Autofahren, Flugreisen, privater Energieverbrauch zuhause und Lebensmitteleinkauf. Außerdem wurde gefragt, ob die Befragten Ökostrom beziehen und welche Rolle der Klimaschutz bezüglich der Wahlentscheidung der Befragten bei der letzten Bundestagswahl im Jahr 2017 gespielt hat.

Abbildung 11 Einschränkungen mit Ziel Klimaschutz



Fragen: „Wie häufig schränken Sie dem Klimaschutz zuliebe ...

- das Autofahren ein?
- das Reisen mit dem Flugzeug ein?
- zuhause Ihren privaten Energieverbrauch ein?
- Ihren Einkauf von Lebensmitteln wie zum Beispiel Südfrüchten oder Fleisch ein?“

Die höchste Bereitschaft sich dem Klima zuliebe einzuschränken, zeigt sich beim privaten Energieverbrauch zuhause: 26% der Befragten geben an, dass sie sich in diesem Bereich immer einschränken, 40% oft, 24% manchmal und 10% nie. Etwas weniger Befragte geben an, sich beim Einkauf von Lebensmitteln (wie zum Beispiel Südfrüchten oder Fleisch) und bei Autofahrten dem Klimaschutz zuliebe einzuschränken: 12% der Befragten geben an, sich beim Lebensmitteleinkauf immer einzuschränken, 44% oft, 28% manchmal und 16% nie. Bei Autofahrten schränken sich 12% der Befragten immer ein, 40% oft, 31% manchmal und 17% nie. Bei Flugreisen ist die Bereitschaft, sich dem Klima zuliebe einzuschränken, am geringsten: 12% der Befragten geben an, sich immer einzuschränken, 25% oft, 30% manchmal und 33% nie.

Insgesamt zeigt sich also eine hohe Bereitschaft, Einschränkungen für den Klimaschutz in Kauf zu nehmen, insbesondere beim privaten Energieverbrauch zuhause. Allerdings sind die Ergebnisse vorsichtig zu interpretieren, da es sich um Umfragedaten handelt, bei denen das Problem der sozialen Erwünschtheit auftreten kann. Das bedeutet, dass die Antworten der Befragten in Richtung eines von ihnen für sozial anerkannt gehaltenen Verhaltens verzerrt sein können.

a. Nutzung von Ökostrom

Neben der Bereitschaft, Einschränkungen für den Klimaschutz in Kauf zu nehmen, wurde auch die Frage gestellt, ob die Befragten zuhause Ökostrom beziehen.

Tabelle 10 Ökostrom nach Parteipräferenz

	Parteiidentifikation						
	CDU	SPD	Grüne	FDP	Linke	AfD	Total
Ökostrom	28%	37%	75%	50%	71%	8%	48%
<i>Frage: „Beziehen Sie zuhause Ökostrom?“</i>							

Insgesamt geben 48% der Befragten an, zuhause Ökostrom zu beziehen. Der größte Anteil an Ökostrombeziehenden ist unter den Wählerinnen und Wählern der Grünen (75%) und der Linkspartei (71%) zu finden. Unter den Wählerinnen und Wählern der anderen Parteien ist der Anteil niedriger: Bei den FDP-Wählenden sind es 50%, bei den SPD-Wählenden 37% und bei den CDU-Wählenden 28%. Am geringsten ist der Anteil bei den Wählerinnen und Wählern der AfD mit 8%.

b. Relevanz des Klimaschutzes für die Wahlentscheidung

Abschließend wurde gefragt, wie wichtig der Klimaschutz für die Wahlentscheidung der Befragten bei der letzten Bundestagswahl im Jahr 2017 war.

Tabelle 11 Relevanz des Klimaschutzes für die Wahlentscheidung

	Parteiidentifikation						
	CDU	SPD	Grüne	FDP	Linke	AfD	Total
sehr/eher wichtig	49%	57%	94%	48%	90%	13%	64%
<i>Frage: „Wie wichtig war der Klimaschutz für Ihre Wahlentscheidung bei der letzten Bundestagswahl im September 2017?“</i>							

Es zeigt sich, dass der Klimaschutz für die Befragten bei der letzten Bundestagswahl insgesamt eine wichtige Rolle gespielt hat: 64% der Befragten geben an, dass der Klimaschutz für ihre Wahlentscheidung sehr wichtig oder eher wichtig war.

Die höchste Relevanz für die Wahlentscheidung bei der letzten Bundestagswahl hatte der Klimaschutz für die Wählerinnen und Wähler der Grünen und der Linkspartei: Für 94% bzw. 90% von ihnen war der Klimaschutz sehr wichtig / eher wichtig für die Wahlentscheidung. Bei den Wählerinnen und Wählern von SPD, CDU und FDP liegt der Anteil mit 57%, 49% und 48% deutlich niedriger. Am niedrigsten ist der Anteil bei den Wählerinnen und Wählern der AfD mit 13%.

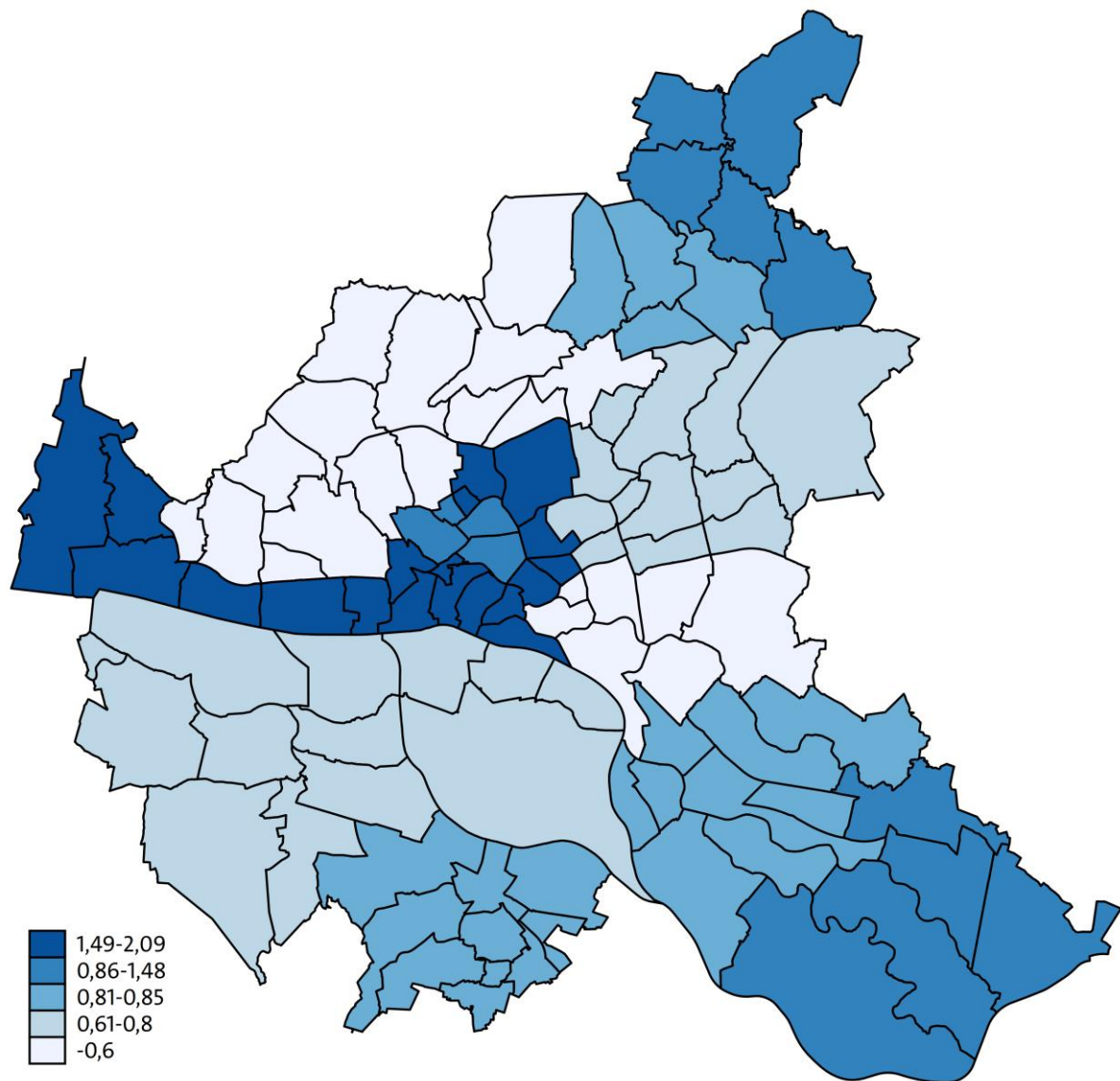
5 Wohnungssituation und Wahrnehmung von Obdachlosigkeit in Hamburg

Das Thema „Wohnen“ bildet einen Schwerpunkt des Hamburg-Bus 2019. Gefragt wurde u.a. nach der aktuellen Wohnsituation, nach beliebten Stadtteilen, der Wahrnehmung der zukünftigen Miet- und Wohnungsentwicklung und zur Wahrnehmung der Entwicklung von Obdachlosigkeit. Im vorliegenden Bericht werden ausgewählte Ergebnisse präsentiert.

Gefragt wurde, in welchem Stadtteil die Hamburger und Hamburgerinnen gerne wohnen würden. 63% gaben an, bereits in dem Stadtteil zu wohnen, in dem sie am liebsten wohnen möchten. Bei der Nennung von Wunschstadtteilen zeigen sich aber trotzdem deutliche Unterschiede (vgl. Abbildung 12).¹ Gemessen an der Bevölkerungszahl wurden die Stadtteile am nördlichen Elbufer und im Zentrum am häufigsten als Wunschstadtteile genannt. Selten wurden dagegen Stadtteile im nordwestlichen Stadtgebiet und östlich des Zentrums genannt.

¹ *Hamburg hat sieben Bezirke mit insgesamt 104 Stadtteilen. Gefragt wurde nach dem Stadtteil, in dem eine Person am liebsten wohnen würde. Bei einer Stichprobengröße von etwas mehr als 1.000 Befragten, sind die Fallzahlen allerdings zu gering, um die Ergebnisse auf Stadtteilebene auszuweisen. Da die Betrachtung auf Bezirksebene allerdings zu grob gewesen wäre, wurden 18 Unterbezirke gebildet, in denen angrenzende Stadtteile zusammengefasst wurden (siehe Tabelle A1 im Anhang). Für diese Unterbezirke wurde jeweils das Verhältnis der Wohnwünsche zur Anzahl der Befragten in einem Unterbezirk berechnet. In den Kartendarstellungen sind zur besseren Orientierung aber auch die Stadtteilgrenzen eingezeichnet. Neuwerk wurde aufgrund der geringen Anzahl von Befragten insgesamt aus diesen Analysen ausgeschlossen.*

Abbildung 12 Wunschstadtteile der Hamburger



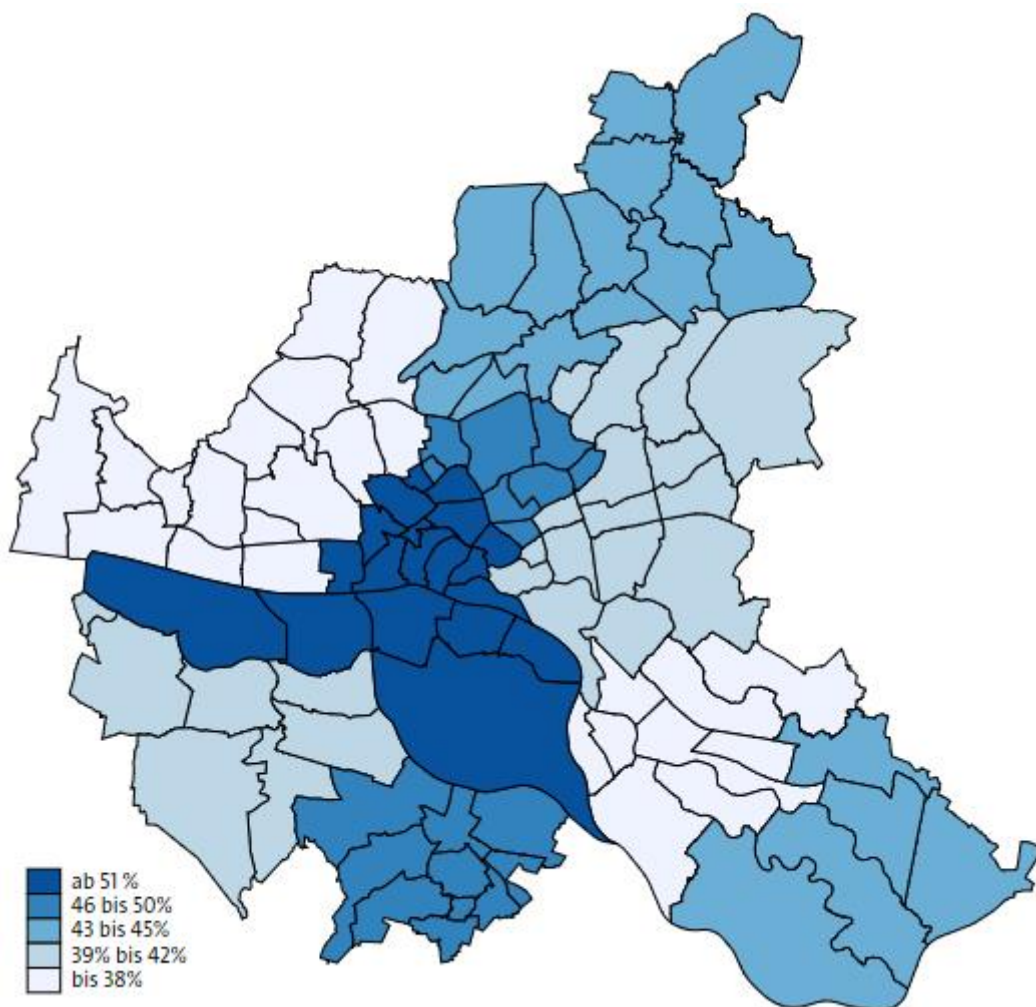
Aussage: „Unabhängig davon, ob Sie es sich leisten könnten: In welchem Hamburger Stadtteil würden Sie am liebsten wohnen?“ (im Verhältnis zur Anzahl der Befragten, die in einem Stadtteil wohnen)²

Der Aussage, dass es schwierig wäre, bei einem Umzug in der eigenen Wohngegend eine passende Wohnung zu finden, stimmen 46 % der Befragten voll und ganz sowie 20 % eher zu.

² Ein Wert von 1,5 bedeutet, dass 50% mehr Befragte in einem Stadtteil wohnen möchten, als gegenwärtig dort wohnen. Ein Wert von 0,5 bedeutet, dass nur halb so viele Befragte in einem Stadtteil wohnen möchten, als gegenwärtig dort wohnen. Berechnung der Werte aus Fallzahlengründen auf Basis einer Zusammenfassung von Stadtteilen in 18 Unterbezirke (ohne Neuwerk).

Besonders hoch ist dieser Anteil im Zentrum, aber auch südlich der Elbe (vgl. Abbildung 13). Wie Tabelle 12 zeigt, ist es aber nur in geringerem Maße die Beliebtheit der Stadtteile, die dazu führt, Schwierigkeiten bei einer möglichen Wohnungssuche zu erwarten. Größer sind die Unterschiede zwischen Mietern und Eigentümern. Und sehr deutlich unterscheidet sich die Einschätzung der Schwierigkeit nach dem Einkommen. Bei einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.250 Euro stimmen der Aussage 82 % zu, während dies in der höchsten Einkommensgruppe nur für 24% der Befragten zutrifft.

Abbildung 13 Schwierigkeit, eine bezahlbare Wohnung zu finden



Aussage: „Wenn ich umziehen müsste, wäre es sehr schwierig in meiner jetzigen Wohngegend eine passende Wohnung zu finden, die ich mir leisten könnte.“ (Anteil „trifft voll und ganz zu“)

Tabelle 12 Schwierigkeit, neue Wohnung in aktueller Wohngegend zu finden

	Trifft voll und ganz zu	trifft eher zu	teils /teils	trifft eher nicht zu	trifft voll und ganz nicht zu	gesamt	
	%	%	%	%	%	%	n
gesamt	45	20	9	9	14	100	1022
<i>Mieter/Eigentümer:</i>							
Eigentümer	34	20	12	13	21	100	371
Mieter	53	21	8	7	11	100	651
<i>Beliebtheit Stadtteil:*</i>							
bis 0,6	40	23	10	12	15	100	244
0,61 bis 0,8	39	23	14	10	14	100	262
0,81 bis 0,85	49	18	6	7	20	100	141
0,86 bis 1,48	52	16	10	8	14	100	163
1,49 bis 2,09	57	18	6	7	13	100	202
<i>Haushaltsnettoeinkommen:</i>							
unter 1250 €	70	12	10	9**		100	88
1250 bis unter 2000 €	55	20	7	8	10	100	150
2000 bis unter 2750 €	61	19	6	7	8	100	163
2750 bis unter 4000 €	44	20	11	13	12	100	179
4000 bis unter 6000 €	42	21	9	11	17	100	199
6000 € und mehr	24	18	13	11	33	100	112

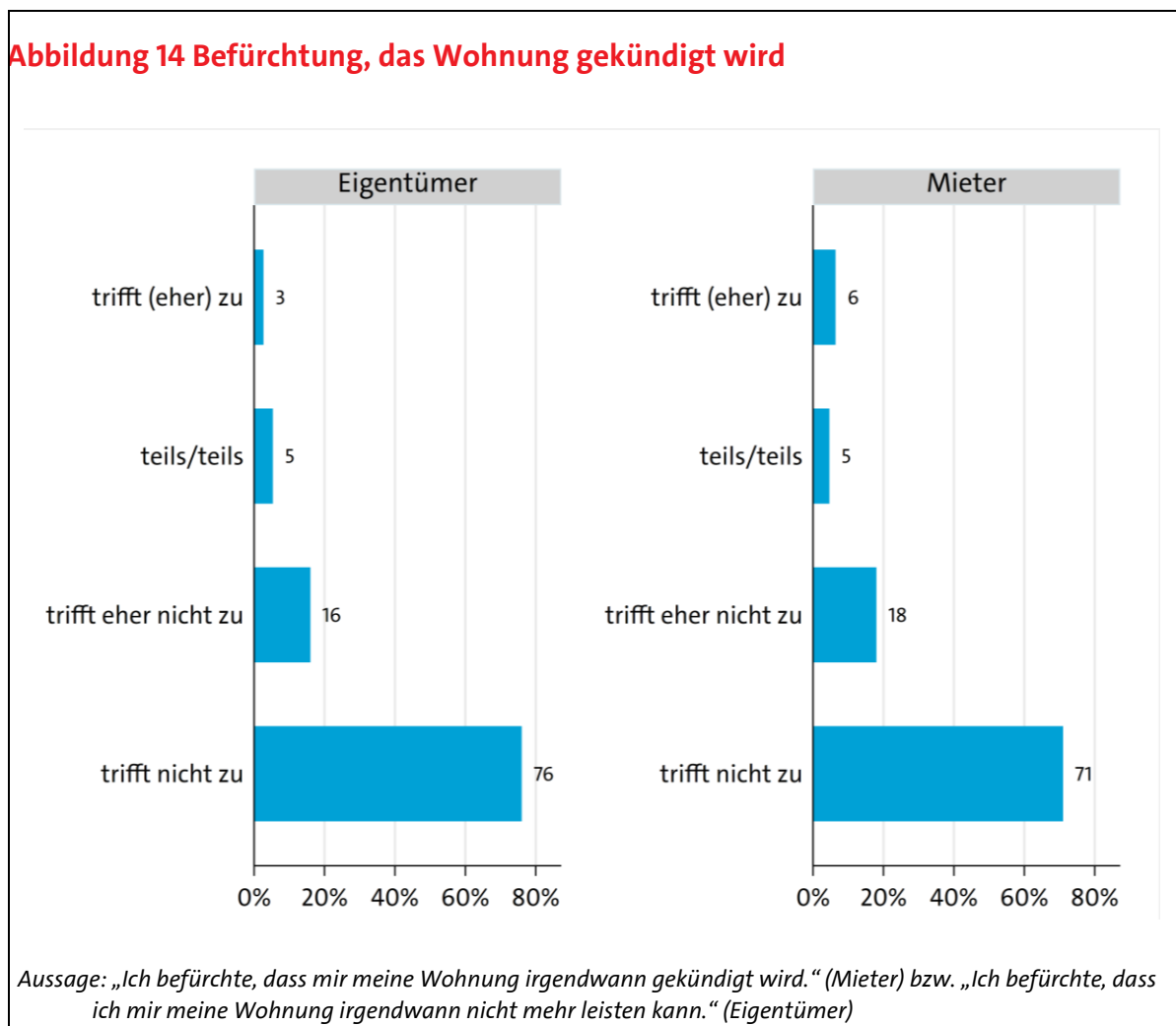
Aussage; „Wenn ich umziehen müsste, wäre es sehr schwierig in meiner jetzigen Wohngegend eine passende Wohnung zu finden, die ich mir leisten könnte“³

Gegenüber der häufig erwarteten Schwierigkeit, bei einem möglichen Umzug keine passende Wohnung zu finden, ist bei Mietern die Befürchtung einer Wohnungskündigung bzw. bei Eigentümern die Befürchtung, sich die Wohnung nicht mehr leisten zu können, nicht sehr weit verbreitet. 6 % der Mieter stimmen der Aussage, dass sie eine Kündigung befürchten, eher oder

³ *) Personen, die Stadtteil als Wunschstadtteil nennen, im Verhältnis zu Personen, die in einem Stadtteil wohnen (siehe auch Anmerkung zu Abbildung 12). **) Zusammengefasst wegen geringer Fallzahl.

voll und ganz zu. 3 % der Eigentümer stimmen eher oder voll und ganz zu, dass sie befürchten, sich irgendwann ihre Wohnung nicht mehr leisten zu können.

Abbildung 14 Befürchtung, das Wohnung gekündigt wird

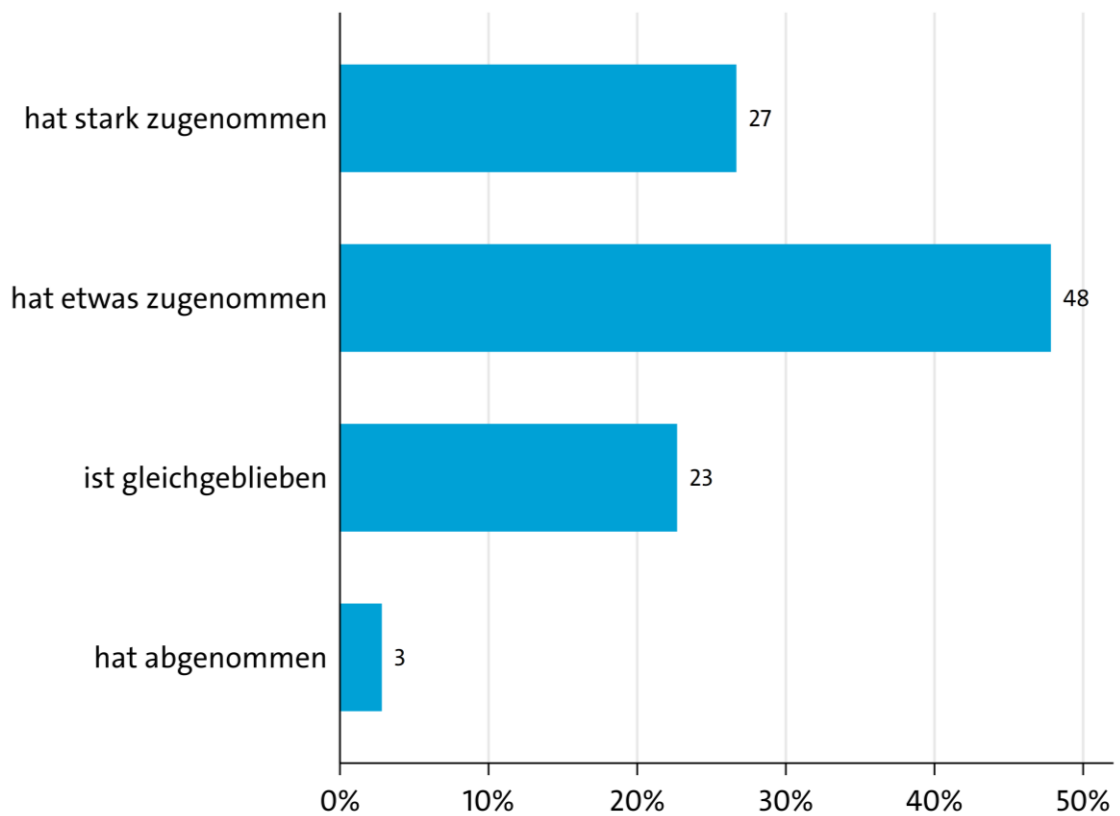


Neben der eigenen Wohnsituation wurde auch nach der Wahrnehmung von Obdachlosigkeit gefragt. Ein Großteil der Hamburger und Hamburgerinnen nimmt eine Zunahme der Obdachlosigkeit wahr (vgl. Abbildung 15).⁴ Nur 3 % meinen, die Obdachlosigkeit habe abgenommen. 23 % sagen, dass das Ausmaß der Obdachlosigkeit gleichgeblieben sei. Weitere Analysen zeigen, dass die Wahrnehmung einer Zunahme der Obdachlosigkeit über unterschiedliche Bevölkerungsgruppe hinweg breit geteilt wird. Es gibt aber auch Gruppen, bei

⁴ Auf eine deutliche Zunahme – allerdings für einen längeren Zeitraum – verweisen auch die Ergebnisse der von der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration in Auftrag gegebenen Studie „Befragung obdachloser, auf der Straße lebender Menschen und wohnungsloser, öffentlich-rechtlich untergebrachter Haushalte 2018 in Hamburg“. Hiernach hat sich die Anzahl der Obdachlosen seit 2009 etwa verdoppelt.

denen die Wahrnehmung eines starken Anstiegs besonders ausgeprägt ist. Dies sind beispielsweise ältere Personen und Personen, die in ihrem eigenen Wohnviertel häufig Obdachlosen begegnen.

Abbildung 15 Wahrnehmung von Obdachlosigkeit



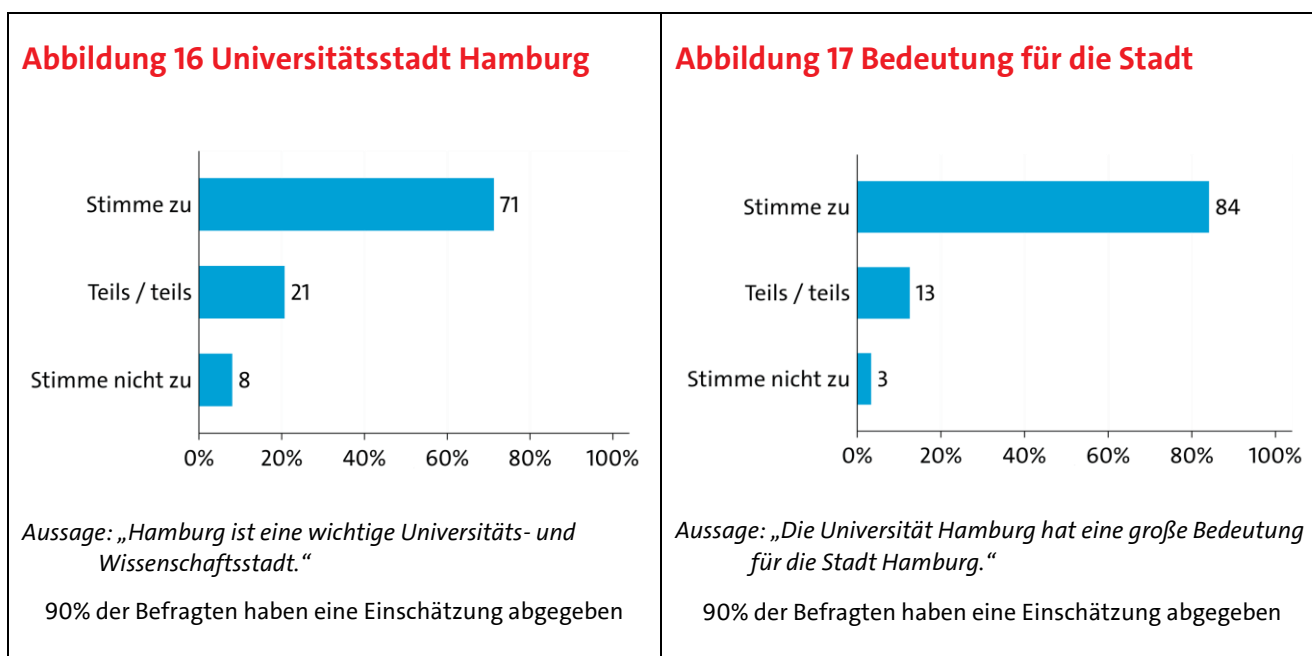
Frage: „Würden Sie sagen, dass die Anzahl der Obdachlosen in Hamburg in den vergangenen drei Jahren zugenommen hat, gleichgeblieben ist oder abgenommen hat?“ Abweichungen von 100 durch Ab- und Aufrunden von Nachkommastellen.

6 Universität Hamburg: Die Wissenswerft

Im Januar und Februar fragten wir die Hamburgerinnen und Hamburger nach ihren Einstellungen und Meinungen zur Universität Hamburg: Nehmen die Bürgerinnen und Bürger ihre Universität eher als weltoffen, bürgernah und praxisorientiert wahr, als einen Ort harter täglicher Arbeit im Dienst der Wissenschaft? Oder sehen sie eine der größten Universitäten Deutschlands als abgehobenen Elfenbeinturm, wenig vernetzt mit der Stadt und ihren Bürgerinnen und Bürgern, verschlossen für die Menschen?

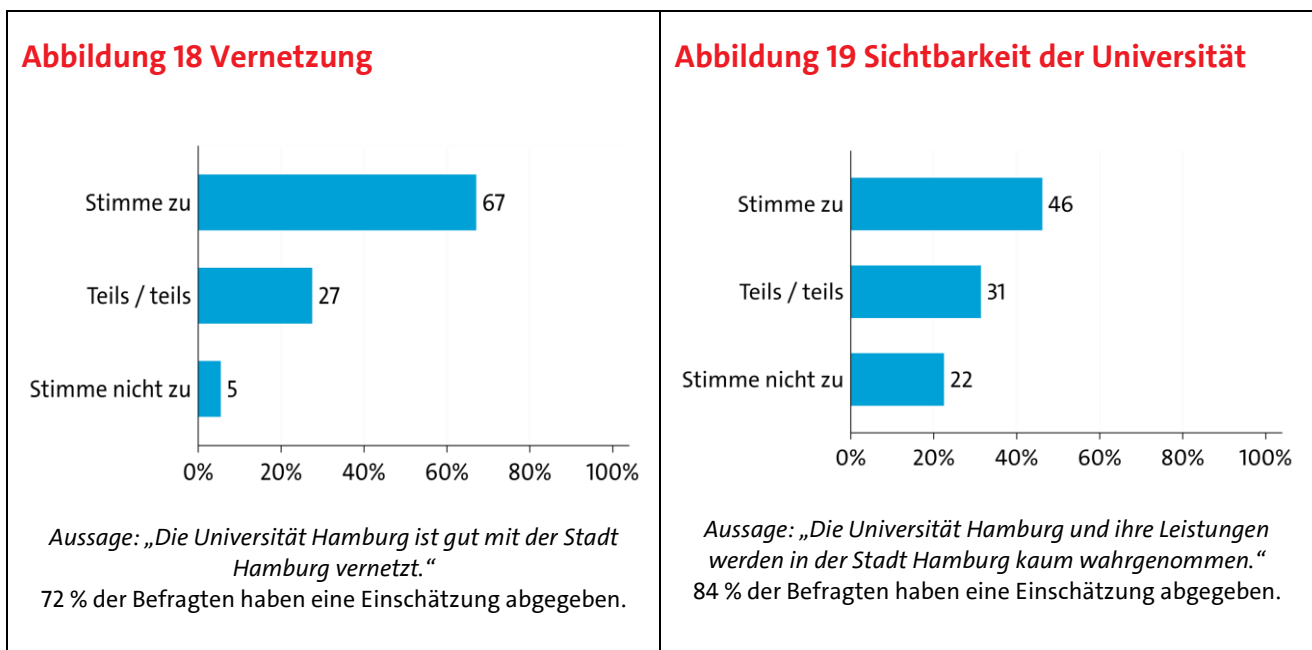
Sehr erfreulich: 92 %, also fast alle Hamburgerinnen und Hamburger kennen die Universität Hamburg (UHH) und grundsätzlich haben sie ein positives Bild von ihr, wie wir im Folgenden darstellen werden.

Über 71 % der Befragten Hamburgerinnen und Hamburger sehen Hamburg als „wichtige Universitätsstadt“ an (Abbildung 16), und 84 % sind der Meinung, dass die Universität „eine große Bedeutung für die Stadt“ hat (Abbildung 17), 13% sind teilweise dieser Ansicht, nur 3 % stimmen dieser Aussage nicht zu.



Ein Drittel der Befragten (67 %) ist der Ansicht, dass die Universität gut mit der Stadt vernetzt ist, ein gutes Viertel (28 %) ist zumindest teilweise dieser Ansicht. Gleichzeitig stimmen aber 46 % der Befragten der Einschätzung zu, dass „die Universität und ihre Leistungen in der Stadt

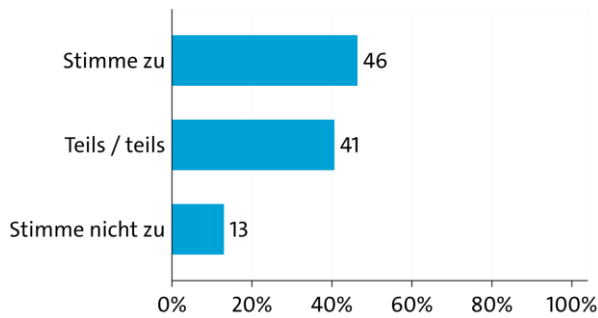
kaum wahrgenommen“ werden. Knapp ein Drittel der Befragten (31 %) stimmt dieser Aussage zumindest teils zu, knapp ein Viertel (23 %) lehnen diese Aussage ab.



Als „bürgerlich“ wird die Universität von knapp der Hälfte der Befragten (46 %) wahrgenommen, 41 % der Befragten sehen die Universität teilweise als bürgerlich an, weitere 13 % können diese Einschätzung gar nicht teilen (Abbildung 20). Von der jüngsten Befragtengruppe, das sind Menschen zwischen 16 und 35 Jahren, wird die Bürgerlichkeit der Uni mit 62 % deutlich höher eingeschätzt als von älteren Befragten (Tabelle 13). Auf die Frage, ob die „Universität allen Menschen offen“ stehe, gaben dagegen 62 % aller Befragten (Männer und Frauen gleichmäßig) eine bejahende Antwort. 17 % der Befragten wiederum meinten ausdrücklich, dass die Universität nicht allen Menschen offen stehe (vgl. Abbildung 21).

Als bedeutsam erscheint daher, dass nach Meinung von über 77 % der Befragten die öffentlichkeitsorientierten Aktivitäten der Universität in Hamburg sehr gut angenommen werden, nur ein sehr geringer Teil der der Bürgerinnen und Bürger (3 %) stimmen hier nicht zu (Abbildung 22).

Abbildung 20 Bürgernähe



Aussage: „Die Universität Hamburg ist bürgernah.“

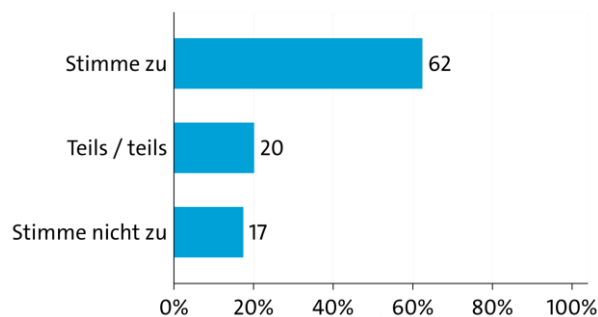
76 % der Befragten haben eine Einschätzung abgegeben

Tabelle 13 Bürgernähe der Uni im Altersverlauf

Ich..	Alter der Befragten				Total
	16-35	36-49	50-64	65+	
Stimme zu	60 %	49 %	39 %	46%	46%
Stimme teils/teils zu	32 %	40 %	44%	41%	41%
Stimme nicht zu	8 %	11 %	17 %	13 %	13%

Aussage: „Die Universität Hamburg ist bürgernah.“

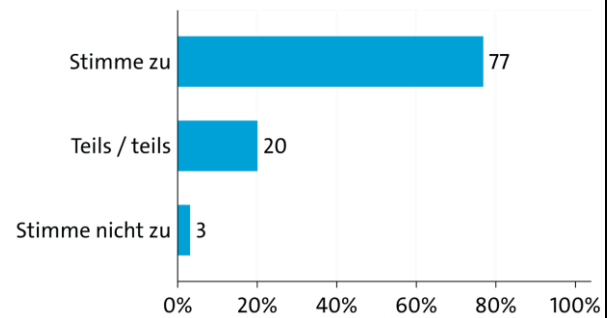
Abbildung 21 Offenheit für alle Menschen



Aussage: „Die Universität Hamburg ist ein Ort, der allen Menschen offen steht.“

86 % der Befragten haben eine Einschätzung abgegeben.

Abbildung 22 Wahrnehmung Öffentlichkeitsarbeit

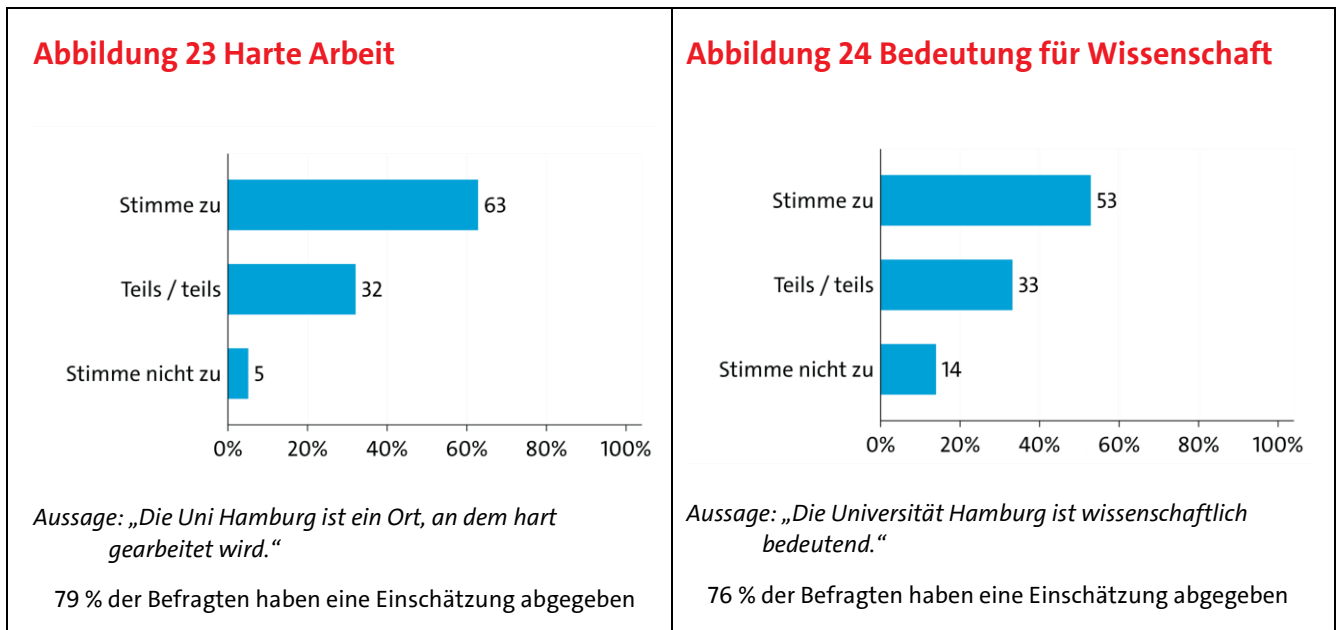


Aussage: „Die öffentlichkeitsorientierten Aktivitäten der Universität Hamburg, wie die Ringvorlesungen, die Nacht des Wissens, die Kinder-Uni oder das Kontaktstudium, werden in Hamburg sehr gut angenommen.“

72 % der Befragten haben eine Einschätzung abgegeben

Weiter haben wir gefragt, ob die Universität als „ein Ort harter Arbeit“ wahrgenommen wird. Fast zwei Drittel der Befragten (63 %) bestätigen diese Aussage, knapp ein Drittel (32 %) schätzen die Universität zumindest zum Teil als Ort harter Arbeit ein, 6 % teilen diese Einschätzung nicht (Abbildung 23). Außerdem wollten wir wissen, ob die Universität als „wissenschaftlich bedeutend“ wahrgenommen wird. 53 % der Befragten sehen das so,

33 % sehen die Universität zumindest teilweise als bedeutsam an, 14 % teilen diese Einschätzung nicht (Abbildung 24).⁵

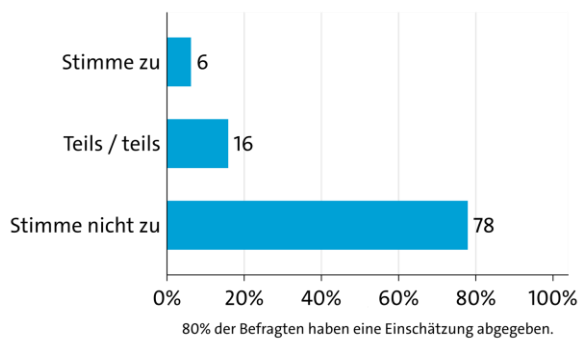


Die Aussage, dass die Universität ein „abgehobener Elfenbeinturm“ sei, lehnten circa drei von vier der Befragten (78 %) ab. Lediglich 6 % der Befragten stimmten dieser Aussage zu, 16 % stimmen teilweise zu (Abbildung 25). Gleichzeitig stimmen aber nur 43 % der Befragten der Aussage zu, dass die Universität Hamburg praxisorientiert sei, weitere 41 % sehen das zumindest teilweise so, 16 % lehnen diese Einschätzung ab (Abbildung 26).

Außerdem wollten wir wissen, ob die Universität als „innovativ“ wahrgenommen wird. Das ist bei 57 % der Befragten der Fall, 37 % sehen die Universität zumindest teilweise als innovativ an, 7 % lehnen diese Einschätzung ab (Abbildung 27). Sehr positiv ist die Einschätzung der Weltoffenheit der Universität: 88 % aller Befragten, die die UHH kennen, stimmen der Aussage zu, dass die UHH eine weltoffene Universität ist (vgl. Abbildung 28). Dabei bejahen Männer diese Einschätzung nennenswert häufiger als Frauen.

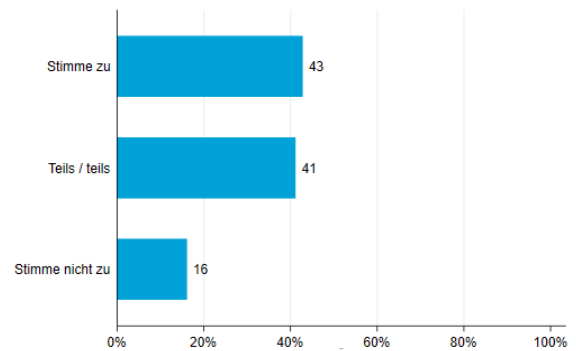
5 Bei den Nachfragen zur wissenschaftlichen Bedeutung, zur Praxisorientierung und zum Innovationsgrad der Uni (siehe weiter unten) fällt auf, dass mehr als ein Viertel der Befragten keine Einschätzung abgeben wollte. Zusammen mit einer bei vielen Items ausgeprägten Tendenz zu Teils/teils-Aussagen weist dies darauf hin, dass einige unserer Fragen einen Einblick in das Geschehen an der Universität erfordern, der nicht allen Befragten offensteht.

Abbildung 25 Abgehobenheit der Universität



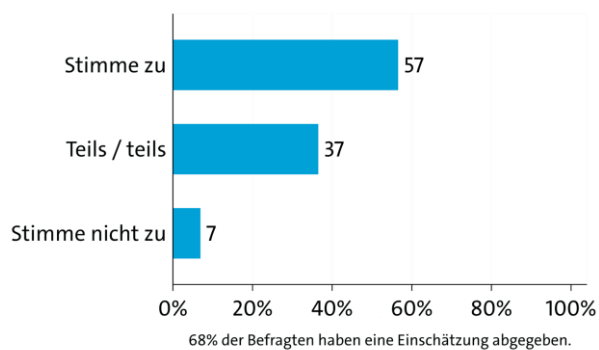
Aussage: "Die Universität Hamburg ist ein abgehobener Elfenbeinturm."
80 % der Befragten haben eine Einschätzung abgegeben.

Abbildung 26 Praxisorientierung der Universität



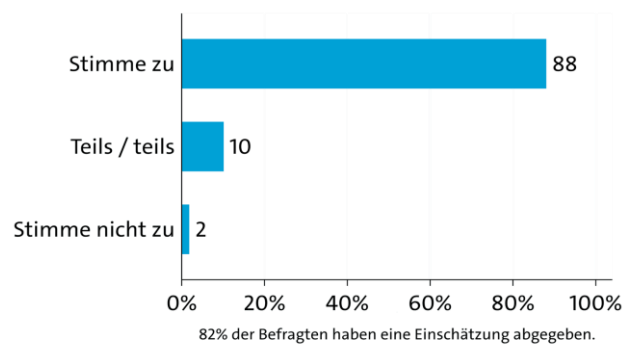
Aussage: "Die Universität Hamburg ist praxisorientiert."
76% der Befragten haben eine Einschätzung abgegeben.

Abbildung 27 Innovation



Aussage: „Die Universität Hamburg ist innovativ.“
68% der Befragten haben eine Einschätzung abgegeben.

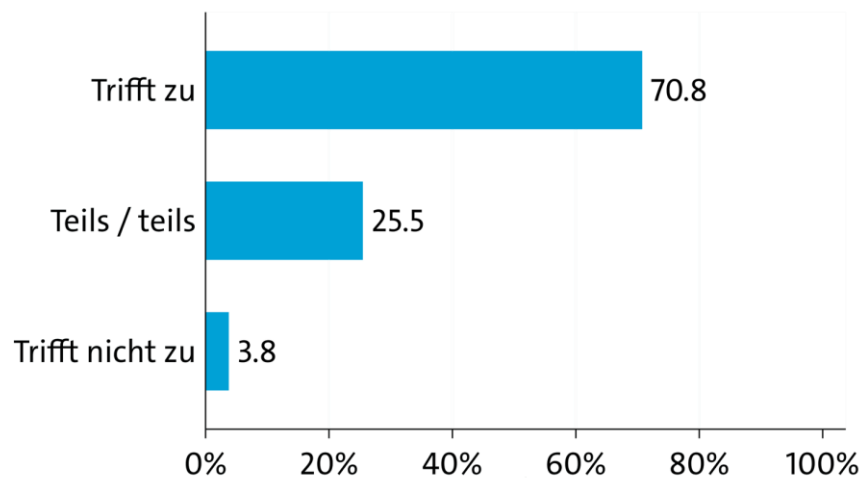
Abbildung 28 Weltoffenheit der Universität



Aussage: „Die Universität Hamburg ist weltoffen.“
82% der Befragten haben eine Einschätzung abgegeben.

Die Universität Hamburg sagt von sich selbst: „Wir sind: die Wissenswerft. Und in der Wissenswerft liegt die Zukunft.“ Wir wollten von den Befragten wissen, ob sie diese Selbstbeschreibung teilen. Das bejahten 71 % der Befragten, 27 % teilen diese Beschreibung zumindest zum Teil, nur 4 % der Befragten sind dagegen der Meinung, dass diese Beschreibung nicht zutreffend sei.

Abbildung 29 Zustimmung zur Selbstbeschreibung



Aussage: „Ich lese Ihnen nun eine Selbstbeschreibung der Universität Hamburg vor. Bitte sagen Sie mir, wie sehr diese Selbstbeschreibung Ihrer ganz persönlichen Meinung nach auf die Universität Hamburg zutrifft: „Wir sind: Die Wissenswerft. Und in der Wissenswerft liegt die Zukunft.“

87 % der Befragten haben eine Einschätzung abgegeben.

7 Soziodemografische Variablen

Abbildung 30 Geschlecht, Alter, Bildung, Haushaltseinkommen und Migrationshintergrund

Merkmal	Prozent
Geschlecht	
Männlich	45
Weiblich	55
Andere	-
Alter	
16-24 Jahre	5
25-34 Jahre	6
35-44 Jahre	12
45-54 Jahre	21
55-64 Jahre	20
65 Jahre und älter	36
Höchster Schulabschluss	
Schule ohne Abschluss beendet / noch Schüler	2
Hauptschulabschluss	11
Realschulabschluss	27
(Fach-)Hochschulreife	60
Haushaltsnettoeinkommen	
Bis unter 1000€	7
1000 bis unter 2000€	21
2000 bis unter 3000€	22
3000 bis unter 4000€	16
4000 bis unter 5000€	15
5000 bis unter 7500€	12
7500€ und mehr	7
Migrationshintergrund	
Ohne	81
Mit	19

8 Literatur

Decker, O. et al. (2018). Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In O. Decker & E. Brähler (eds), *Flucht ins Autoritäre.: Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018, pp. 65–116. Gießen.

Häder, S. und S. Gabler (1998): „Ein neues Stichprobendesign für telefonische Umfragen in Deutschland.“ In: S. Gabler, S. Häder, S. und J. H. P. Hoffmeyer-Zlotnik (Hrsg.), *Telefonstichproben in Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 69–88.

Hüfken, V. (2014): „Telefonische Befragungen.“ In: N. Baur und J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer VS, 631–641.

Marcinkiewicz, Kamil; Peter, Sascha; Schnapp, Kai-Uwe (2016): *Hamburg-BUS Herbst 2016: Bürgerumfrage der Sozialwissenschaften für Hamburg*, WiSo-HH Working Paper Series, No. 34, Hamburg, online verfügbar unter: <https://www.wiso.uni-hamburg.de/forschung/archiv/workingpaper/hamburgbus.pdf>

9 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 Wichtigstes Problem der Freien und Hansestadt Hamburg.....	2
Tabelle 2 Sehr gut leben in Deutschland.....	12
Tabelle 3 Politiker kümmern sich nicht um mich.....	13
Tabelle 4 Politiker vertreten Bevölkerung.....	14
Tabelle 5 Eigenes Politikwissen	15
Tabelle 6 Politik zu kompliziert	16
Tabelle 7 Wählen als Bürgerpflicht.....	17
Tabelle 8 Zustimmung zu kontroversen Aussagen nach Parteilichkeit	19
Tabelle 9 Nutzung von Informationsquellen	21
Tabelle 10 Ökostrom nach Parteipräferenz	24
Tabelle 11 Relevanz des Klimaschutzes für die Wahlentscheidung.....	25
Tabelle 13 Schwierigkeit, neue Wohnung in aktueller Wohngegend zu finden.....	29
Tabelle 14 Bürgernähe der Uni im Altersverlauf.....	34

10 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Beste Problemlösepartei	3
Abbildung 2 Sonntagsfrage Hamburg	4
Abbildung 3 Sonntagsfrage Bundestagswahl.....	5
Abbildung 4 Parteeigung.....	7
Abbildung 5 Selbsteinschätzung Rechts-Links	8
Abbildung 6 Zufriedenheit mit Parteispitzen	9
Abbildung 7 Zufriedenheit mit Tschentscher nach langfristiger Parteibindung	10
Abbildung 8 Zufriedenheit mit Trepoll nach langfristiger Parteibindung.....	10
Abbildung 9 Tschentscher (SPD) und Trepoll (CDU) im Vergleich	11
Abbildung 10 Vertrauen in Informationen von... ..	22
Abbildung 11 Einschränkungen mit Ziel Klimaschutz	23
Abbildung 12 Wunschstadtteile der Hamburger.....	27
Abbildung 13 Schwierigkeit, eine bezahlbare Wohnung zu finden	28
Abbildung 14 Befürchtung, das Wohnung gekündigt wird	30
Abbildung 15 Wahrnehmung von Obdachlosigkeit.....	31
Abbildung 16 Universitätsstadt Hamburg	32
Abbildung 17 Bedeutung für die Stadt	32
Abbildung 18 Vernetzung.....	33
Abbildung 19 Sichtbarkeit der Universität.....	33
Abbildung 20 Bürgernähe	34
Abbildung 21 Offenheit für alle Menschen.....	34
Abbildung 22 Wahrnehmung Öffentlichkeitsarbeit	34
Abbildung 23 Harte Arbeit	35
Abbildung 24 Bedeutung für Wissenschaft	35
Abbildung 25 Innovation	36
Abbildung 26 Weltoffenheit der Universität	36
Abbildung 27 Zustimmung zur Selbstbeschreibung	37
Abbildung 28 Geschlecht, Alter, Bildung, Haushaltseinkommen und Migrationshintergrund	38

11 Anhang

Tabelle A1: Zuordnung der Stadtteile zu Bezirken und Unterbezirken

Bezirk	Unterbezirk	Stadtteil
Mitte	Mitte-Nord	Hafen City, Hamburg-Altstadt, Neustadt, St. Georg, St. Pauli
Mitte	Mitte-Süd ¹	Finkenwerder, Kleiner Grasbrook, Steinwerder, Veddel, Waltershof, Wilhelmsburg
Mitte	Mitte-Ost	Billbrook, Billstedt, Borgfelde, Hamm, Hammerbrook, Horn, Rothenburgsort, Neuwerk
Altona	Altona-Zentrum	Altona-Altstadt, Altona-Nord, Ottensen, Sternschanze
Altona	Altona-West	Bahrenfeld, Groß Flottbek, Iserbrook, Lurup, Osdorf
Altona	Altona-Elbe	Blankenese, Nienstedten, Othmarschen, Rissen, Sülldorf
Eimsbüttel	Eimsbüttel-Zentrum	Eimsbüttel, Harvestehude, Hoheluft-West, Rotherbaum
Eimsbüttel	Eimsbüttel-West	Eidelstedt, Lokstedt, Niendorf, Schnelsen, Stellingen
Nord	Nord-Zentrum-West	Eppendorf, Hoheluft-Ost, Winterhude
Nord	Nord-Zentrum-Ost	Barmbek-Nord, Barmbek-Süd, Dulsberg, Hohenfelde, Uhlenhorst
Nord	Nord	Alsterdorf, Fuhlsbüttel, Groß Borstel, Langenhorn, Ohlsdorf
Wandsbek	Wandsbek-Walddörfer	Bergstedt, Duvenstedt, Lemsahl-Mellingstedt, Volksdorf, Wohldorf-Ohlstedt
Wandsbek	Wandsbek-Alstertal	Hummelsbüttel, Poppenbüttel, Sasel, Wellingsbüttel

Wandsbek	Wandsbek	Bramfeld, Eilbek, Farmsen-Berne, Jenfeld, Marienthal, Rahlstedt, Steilshoop, Tonndorf, Wandsbek
Bergedorf	Bergedorf	Altengamme, Bergedorf, Curslack, Kirchwerder, Neuengamme
Bergedorf	Bergedorf-Hamburg ²	Allermöhe, Billwerder, Lohbrügge, Moorfleet, Neuallermöhe, Ochsenwerder, Reitbrook, Spadenland, Tatenberg
Harburg	Harburg	Eißendorf, Gut Moor, Harburg, Heimfeld, Langenbek, Marmstorf, Neuland, Rönneburg, Sinstorf, Wilstorf
Harburg	Harburg-Süderelbe	Altenwerder, Craz, Francop, Hausbruch, Moorburg, Neuenfelde, Neugraben-Fischbek
1) Bezirk Mitte südlich der Elbe, 2) überwiegend seit dem 14. Jh. zu Hamburg gehörig.		